# Informations-Dienst
## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

Erscheint wöchentlich | Nr. 294 | 10. August 1979 | 1,50 DM incl. 6,5%MWSt. | D 1870 CX





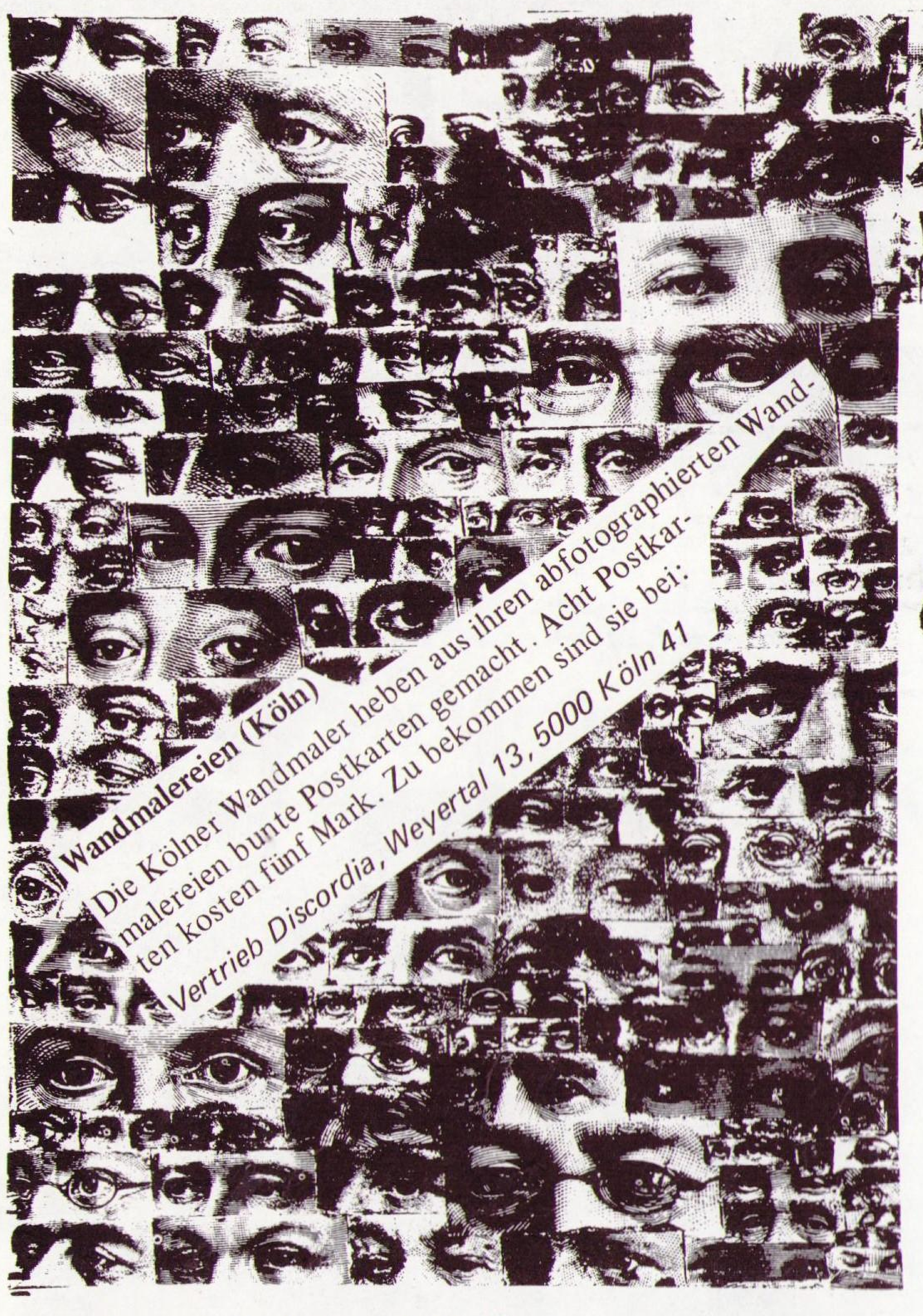

**Die Amerikaner besetzen den deutschen Uranmeiler und bauen den Reaktor ab**

*Foto : INS (Int.News Service) Governement Issue (GI)*

**ECHT WAHR! DIE AMERIKANER BESETZEN DEN DEUTSCHEN ATOMMEILER UND BAUEN DEN REAKTOR AB !!!**
*Worauf die Japaner nicht mehr zu halten sind : Sich des beispielhaften Anfanges besinnend (US army photo 1945) besetzen sie jetzt den südafrikanischen Atommeiler und bauen den Reaktor ab ! Ausgezeichnet, sagen sich da die Südafrikaner. Darauf besetzen die Südafrikaner die ID-Redaktion und bauen den Composer ab. HALT, liebe Leser : WAS WURDE HIER VERTAUSCHT ? Findet es nun selbst heraus indem ihr die folgenden entstellten Ereignisse wieder zurechtrückt :*

DIE HOLLÄNDER BESETZEN DEN BRITISCHEN ATOMMEILER UND BAUEN DEN REAKTOR AB
DIE PERSER BESETZEN DEN IRANISCHEN ATOMMEILER UND BAUEN DEN REAKTOR AB
DIE OSTGOTEN BESETZEN DEN RÖMISCHEN ATOMMEILER UND BAUEN DEN REAKTOR AB
DIE SCHOTTEN BESETZEN DEN AMERIKANISCHEN ATOMMEILER UND SPAREN SICH DEN KOMMENTAR

*Stellt bitte die weiteren Paarungen richtig !*
SOWJETS/BUNDESDEUTSCHE ? SOWJETS/DEUTSCHDEMOKRATEN ? BUNDESDEUTSCHE/DEUTSCHDEMOKRATEN ?
*Sowie :* ITALIENER/CHINESEN ? BABYLONIER/BAYERN ? BERLINER/KREUZBERGER ? TERRIER/HASEN ?




**Spendenkonto „Hilde Pohl" (Frankfurt).** Das Spendenkonto „Hilde Pohl" (gegründet von der verstorbenen Mutter von Helmut Pohl), mit dem Zeitungs-Abos, Pakete usw. für Gefangene finanziert werden, ist leer. Die Verwalter des Kontos bitten um Spenden. *Spendenkonto „Hilde Pohl", Bankhaus Gebrüder Bethmann, Frankfurt, Nr. 39194-0-00, BLZ 501 301 00*

**Oberursel — Demnächst eine neue Zeitung für Internationales**

Wir hätten gern, daß ihr mithelft, auf eine neue Zeitung hinzuweisen. Heißen tut sie (vorerst) INTERNATIONALE KRITIK, ist ab Januar/Februar 1980 erhältlich, erscheint 1 x im Vierteljahr und kostet im Jahresabbo DM 20,- plus DM 5,- Porto & Verpackung. Wer sie bezieht, weiß Bescheid und spart: von Afrique Asie über Le monde diplomatique, von FAZ bis Arbeiterkampf sind internationale Kommentare, Analysen und Infos ausgewertet und auch mit eigenen Ansichten versehen.
Da es z.Zt. keine derartige internationale Berichterstattung in der BRD gibt und gerade die TAZ internationalistisch schwach auf der Brust zu sein scheint - soll es die IK geben.

**Kontakt: Internees Release Association e.V., Geschäftsstelle 637 Oberursel 5, Postfach 35, Tel. 06171 / 732 12, PSch-Spendenkonto: 29 101-604 - Frankfurt**

**Rock gegen Rechts braucht Geld —**

**Frankfurt: "Rock gegen Rechts" braucht immer noch Geld und ruft alle, die am 16./17. Juni in Frankfurt dabei waren auf, eine Mark zu spenden. Das Aktionsbündnis legt folgende Abrechnung vor:**
Gesamtausgaben: 223.869,02 DM
Gesamteinnahmen: 183.500,05 DM - Defizit: 40.368,97 DM

Dieses Defizit ist z.T. durch Kredite von Einzelpersonen und Organisationen gedeckt, die zurückgezahlt werden müssen. Wahrscheinlich werden sich die Schulden noch auf 26.000 DM reduzieren lassen, wenn alle Außenstände reinkommen (Wiederverkäufer z.B., die noch verkaufte Buttons abrechnen müssen). Spenden gehen auf das Konto:

*Jens Matthaes, Stichwort: "Rock gegen Rechts", PSchKto. Frankfurt, Nr. 313 423 — 600*

Und noch eine gute Nachricht: Es wird ein Live-Mitschnitt vom Festival als LP erscheinen (in ungefähr sechs bis acht Wochen). Vorbestellungen:

*"Rock gegen Rechts", Kleine Hochstrasse 5, 6 Frankfurt.*

**"Alternativen zur Rechtspresse" (Gelsenkirchen)**

Zur Gegen-Buchmesse soll im Doku-Verlag Karlsruhe die Dokumentation "Alternativen zur Rechtspresse" erscheinen. Sie soll einen möglichst umfassenden Überblick über das Angebot der linken und alternativen Zeitungen, Zeitschriften, Infos usw. geben. Im redaktionellen Teil werden Themen wie Pressekonzentration und die Bedeutung der linken/alternativen Presse und Selbstverständnisdiskussionen veröffentlicht. Im Anschluß daran sollen Selbstdarstellungen und ein Register folgen. Näheres über die Kosten der Veröffentlichung von Selbstdarstellungen usw. bei:
*Klaus Farin, Velsenstr. 20, 4660 Gelsenkirchen-Buer*

**Genf — Zwei neue Dokumentationen in der Schweiz erschienen**

Anfang Juli ist in Genf (Schweiz) eine Dokumentation über den Knastkampf im Genfer Untersuchungsgefängnis Champ-Dollon erschienen, mit einer Chronologie seit dessen Bestehen (1977) und einer ausführlichen Beschreibung des Gefangenenaufstandes vom 4. Juli 1979. In deutscher Sprache.
Gegen DM 5,- zu beziehen bei:
Comite contre Champ-Dollon, Case postale 22, 1211 Geneve 24.
Etwas später haben Frauen "l'echappee belle' herausgegeben, ein Handbuch für Frauen gegenüber Gesetzen, Bullen und Richtern. Mit Ideen, Tricks, Möglichkeiten.
"All dies ist spezifisch für Genf. Aber alles, was in dieser Broschüre steht, kann in anderen Städten der Schweiz oder in Europa ähnlich sein. Wir unterstützen jeden Nachdruck."

In französischer Sprache. Zu beziehen gegen SFR 15,- (oder mehr) über:
"L'echappee belle", mlf, cp 111, 1227 Carouge, Schweiz.

**OP(P)EN AIR FEST IN STEMWEDE**

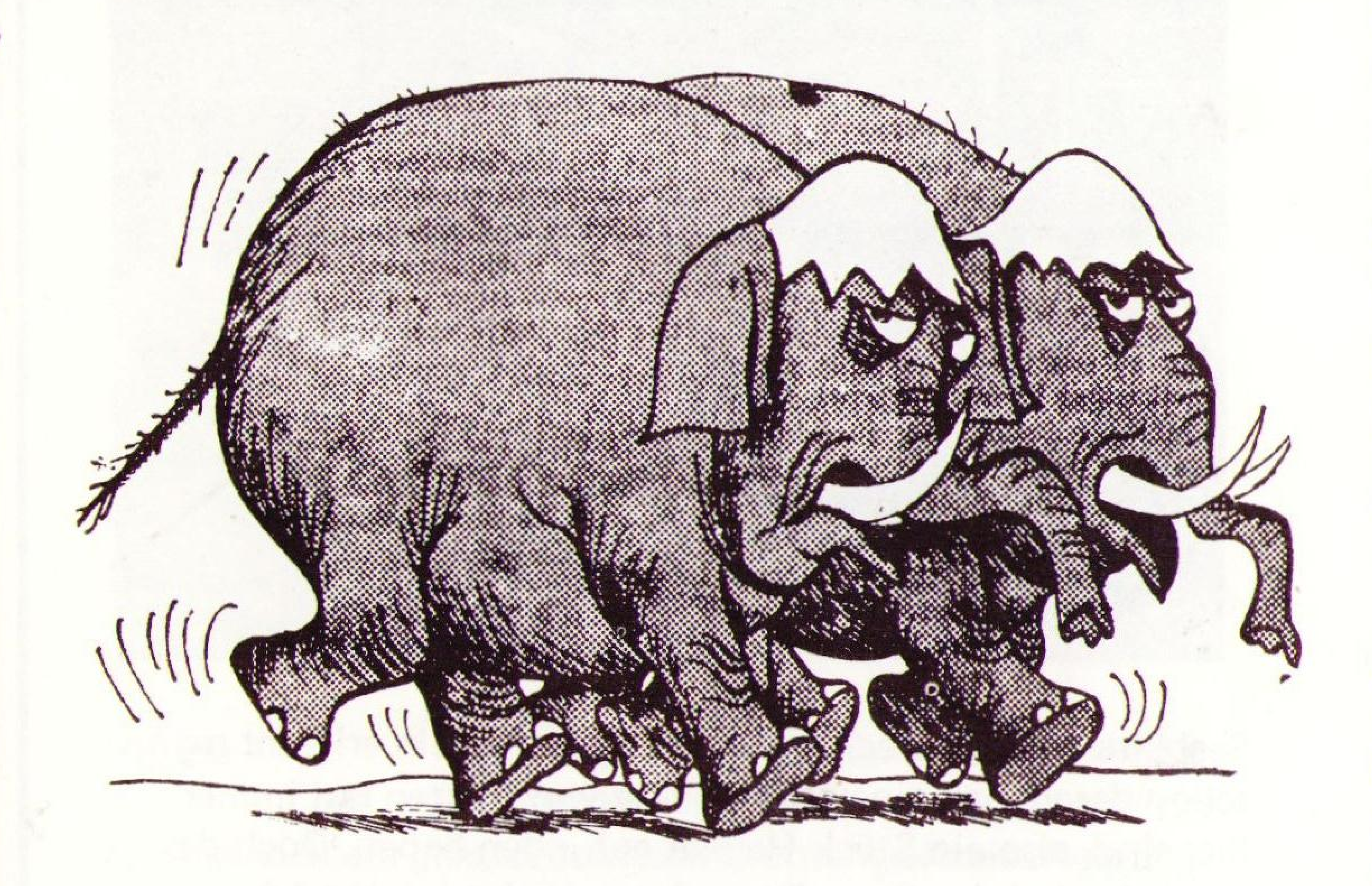
Das selbstverwaltete Jugendzentrum Stemwede, das sich in der ehemaligen Oppendorfer Schule befindet (ca 15 km vom Dümmer See entfernt) veranstaltet am 25. August sein 3. Op(p)en Air Fest. Es spielen Missus Beastly, Das Dritte Ohr, Tumbae Berlin, Teutoburger Wald komplett, Rock & Rausch, Ützе und Trallala. Auf einen Eintritt wird verzichtet. Des weiteren sind Stände von anderen Jugendzentren und Initiativen vorgesehen. Beginn der Veranstaltung ist bereits nachmittags gegen 13.30 Uhr

**Kontakt: Jugendzentrum Stemwede, Postfach 3013, 4995 Stemwede 3, Tel. 05773/600**

**Stuttgart – Jungdemokrat darf Doris Braune nicht besuchen**

Die Jungdemokraten aus Baden-Württemberg protestieren gegen eine Verfügung des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 12. Juli 1979, mit der ihrem Landesgeschäftsführer Harald Brust untersagt wird, die Gefangene Doris Braune zu besuchen (Doris Braune ist eine der verhafteten Fantasia-Druckerinnen). Die Besuchserlaubnis wurde mit der Begründung abgelehnt, daß Harald Brust Brief- und Besuchskontakt zu dem Untersuchungsgefangenen Armin Newerla (Rechtsanwalt) habe. Dies gebe "Anlaß zur Besorgnis, daß der Besuch bei Doris Braune zum unzuverlässigen Nachrichtenaustausch benutzt" werde.
Dazu erklärte der Landesvorsitzende der Jungdemokraten, Michael Masson, daß die "persönliche Integrität Harald Brust's außer Zweifel stehe und der geäußerte Verdacht ... durch nichts zu rechtfertigen sei und an Verleumdung grenze".
Die Jungdemokraten haben außerdem die baden-württembergische F.D.P. aufgefordert, für eine Revidierung des Gerichtsentscheides einzutreten.

*Kontakt: DJD, Rotebühlstr. 133, 7 Stuttgart, Tel. 0711/624178*



## ERKLÄRUNG DES FRANKFURTER AUTONOMIE-KOLLEKTIVS

FRANKFURT Mai 1979 *Die Frankfurter Zeitschrift "Autonomie" und die Hamburger "Autonomie – Neue Folge" sind zwei Zeitschriften. Alles klar? Die Frankfurter Redaktion schreibt zur Klärung der Lage:*

Die konzeptionelle und personelle Trennung der überregionalen Autonomieredaktion (München, Frankfurt, Hamburg), die sich in den beiden letzten Nummern (die Nr. 12 wurde von der Hamburger Redaktion herausgegeben – sie hatte das Thema: Regionalismus; die Nr. 13 von der Frankfurter Redaktion – sie hatte das Thema Therapie) abzeichnete, hat sich nunmehr realisiert.

Wir, die Frankfurter Redaktion, werden weiter produzieren unter dem Namen: AUTONOMIE/ Materialien gegen die Fabrikgesellschaft/ und im September 1979 das Heft Nr. 14 unter dem Schwerpunkt "Die Faszination am Faschismus" publizieren.

Die Frankfurter Redaktion führt die Abonnentenkartei wie bisher weiter. Für die Bestellung AUTONOMIE 'Neue Folge' sind wir nicht zuständig (Redaktionsanschrift: Autonomie Neue Folge, Postfach 347063, 2800 Bremen 34). Erfreut waren wir über das rege Interesse an unserem Therapieheft. Wir werden versuchen, unsere Arbeit ohne falsche Programmatik auf diesem Niveau fortzusetzen.

Das Autonomie-Kollektiv

**Alles über Musik gesucht (Braunschweig).** Rainer Blumenstiel aus Braunschweig sucht Material über die Arbeitermusikbewegung, Songgruppenarbeit, Lieder aus Bürgerinitiativen, Liederbücher (am besten regional und wenig bekannt), selbstgemachte Lieder, Liedermachen mit Kindern/Jugendlichen, Erfahrungen von Musik- und Theatergruppen, Literaturhinweise zu diesen Themen.

Er selbst bietet im Austausch das, was er zu diesen Themen gesammelt hat, an. *Kontakt: Rainer Blumenstiel, Magnitorwall 10, 3300 Braunschweig.*

**Stattbuch für das Ruhrgebiet (Essen).** Ein „Stattbuch" (nämlich eine Sammlung alternativer, subkultureller, linker Tips und Adressen) möchte Wolf aus Essen erstellen. Er schreibt dazu: „Aber das Ruhrgebiet ist nicht Berlin oder München. Es ist kein monozentrisches Ballungsgebiet, sondern es hat viele kleine Zentren, so jede Stadt für sich... Vielleicht ein Grund, warum im Ruhrgebiet nichts Entsprechendes zu Berlin, Hamburg oder München sich entwickelt. Gerade hier könnte ein „Führer durch die Subkultur" eine Hilfe sein, diesen Zustand anzuknacken, ein Ersatz ist es nicht..."

Das Buch soll die Bereiche Gewerkschaftsarbeit, Frauen, Umwelt, Antifaschismus, Kinder, Stadtteilgruppen, Arbeitersiedlungen, Jugend, Drogenberatung, Medien, Ausländer, Internationales umfassen. Es soll noch in diesem Jahr erscheinen. Gebraucht werden Adressen, kleine Selbstdarstellungen, Informationen. Auch wer Wert darauf legt, nicht in dem Buch erwähnt zu werden, sollte sich melden. *Kontakt: Wolf v. Westarp, Katharinenstr. 10, 4300 Essen, Tel. 0201/423380*

**Ärger wegen Zungenkuß (Kassel).** Auch die Stadtzeitung Kassel hatte Ärger wegen der berühmten Zungenkuß-Graphik von Thomas Müller Urban (zur Erinnerung: zu sehen ist der Bundesadler, der einen Reichsadler mir Hakenkreuz in den Krallen küßt). Ein Verfahren wegen „Verdachts der Verunglimpfung des Staates" wurde eingestellt. Die Gründe für die Einstellung können gegen Einsendung von zwei DM als Fotokopie bestellt werden. *Kontakt: Stattzeitung Verlag GmbH, Steinweg 7, 3500 Kassel, Tel. 0561/15546*

**Zusammenschluß von Antifaschisten (Dortmund).** Die Antifaschistischen Arbeitskreise und andere Antifaschisten in Nordrhein-Westfalen haben sich zu einer „Landeskonferenz" zusammengeschlossen. Die Konferenz schlägt - wegen der besseren Kommunikation miteinander - einen Bundeskongreß vor. Da sich die Nordrhein-Westfalener nicht berufen fühlen, das alleine zu organisieren, bitten sie alle Antifaschisten, sich zu melden und mitzuteilen, was sie von einem solchen Kongreß halten. Wenn in den nächsten zwei bis drei Monaten genug Zustimmung kommt, wollen sie zur Vorbereitung des Kongresses eine Arbeitskonferenz einberufen. Stellungnahmen und Anfragen an: *Gerhard Nordsieck, Hohe Straße 67, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/124263*

**Überlingen – Stadtzeitung sucht Tips**

In Überlingen soll es eine monatlich erscheinende Stadtzeitung geben. Die Initiatoren suchen gute Ratschläge über Finanzierung, Papier und was sonst noch so alles an Kosten anfällt. Außerdem bitten sie alle Blatt-Macher um die letzten Exemplare ihrer Zeitungen.

*Kontakt: Eckhard John, Münsterstr. 24, 777 Überlingen*

## „WIR MISCHEN UNS EIN"

**G.E.M.S. – Kulturzentrum im Hinterland**

Singen/Arlen
Juli 1979

*Das folgende Interview übernahmen wir aus der Julinummer der Konstanzer Alternativzeitung 'Seeblätter'.*

„Kurz vor Weihnachten letzten Jahres machte sich das Gerücht von einer neuen Kneipe in Singen breit: es handelt sich um die GEMS, das Kulturzentrum in Arlen bei Rielasingen bei Singen. Wie konnte sich eine solche Großstadtinitiative in die hinterste Ecke deutscher Lande verkriechen? Woran orientiert sich das umfangreiche Programm? Wie sieht es mit den Besucherströmen aus? Fragen genug für die Seeblätter,um sich mit dem Thema einmal näher zu beschäftigen: die fünf Leute, welche die GEMS betreiben, standen Rede und Antwort.

Seeblätter: Was habt Ihr für Berufe, seid Ihr haupt- oder nebenberuflich im Geschäft?
Gems: Wir machen das hier hauptberuflich, und haben alle hauptsächlich in Marburg studiert; bis auf einen Wirtschaftler sind wir alle Lehrer!!
Seeblätter: Wie kam's denn zu der Idee?
Gems: Das ist eigentlich „pädagogische Anarchismus", der Antrieb, „schon immer mal sowas machen zu wollen" war bei allen vorhanden. Große Vorbilder sind etwa die Hamburger „Fabrik" oder Kulturzentren in Hessen, nur daß es in Großstädten kaum mehr Häuser gibt, sowas zu machen.
Seeblätter: Die GEMS nennt sich Kulturzentrum. Ihr habt Café, Kneipe, Kegelbahn, Pension, zeigt Filme, Musik, Theater. Weshalb soviel Verschiedenes ?
Gems: Im Gegensatz zu anderen Kulturstätten (z.B. FÄRBE in Singen), daß man grundsätzlich Leute von draußen holen sollte, also durch Eigenproduktion den Betrieb nicht abwechslungsreich gestalten kann. Andererseits soll die Öffent lichkeit, die wir hier schaffen, nicht von etablierten Gruppen belegt werden, sondern Leuten, die etwas „machen", Raum geben, aufzutreten, anzuregen oder auch Gleichgesinnte zu suchen . . .
Seeblätter: Soll das Angebot damit zu eigener Aktion anregen?
Gems: Es gibt natürlich nicht nur die Wahlmöglichkeiten zwischen einfachen Vergnügungen, z.B. Billard oder Kegelbahn, sondern auch „Workshops", die ganz gut laufen. Hier wird von fachlich oreintierten Leuten organisiert und jeder kann mitmachen, z.B. Theater oder Batik. Erfolg zeigt sich darin, daß nun schon zei Gruppen auf eigene Faus weiterarbeiten.
Seeblätter: Was kommt bei den Leuten denn am besten an? Und findet eine Rücksprache zum Publikum statt?
Gems: Hier in der Gegend fahren die Leute hauptsächlich auf Musik ab, da ist der Saal immer brechend voll; auch bei Theater ist voll, Filme mittelmäßig, die Kegelbahn ist gut belegt. Eine öffentliche Programmdiskussion haben wir uns vorgenommen, bislang gab's da noch zeitliche Schwierigkeiten, wie immer noch der Ausbau der Räumlichkeiten läuft. Aber wir machen das auf jeden Fall. – Das Wichtigste als Anlaufpunkt für die Leute und für unsere eigene Organisation ist eben die Kneipe. Von hier aus entwickeln sich die anderen Sachen.
Seeblätter: Vor etwa 6 Monaten war Eröffnung. Welche Erfahrungen habt Ihr bisher im Hinterland gemacht?
Gems: Man muß sehen, daß in dieser Gegend ein Defizit an kulturellen Angeboten besteht, deshalb läuft das. Viele Leute haben schon das Bedürfnis hierzu, nicht nur vors Fernsehen oder in Speiselokalen zu sitzen. Andererseits gibt's dennoch eine starke Konsumhaltung, die Leute müssen erst sensibilisiert werden; es fällt uns die Aufgabe zu, auf Möglichkeiten erst 'mal hinzuweisen.



Seeblätter: Die Berechtigung für Euer hiersein erkennt man schon daran, daß eine ganze Reihe von Leuten fast immer hier sind, also ein Stück Heimat gefunden haben. Doch das nur nebenbei. In dieser Gegend war in den letzten Jahren leider zu beobachten, daß Kneipen und Jugendtreffs von der Rauschgiftszene überrannt wurden; oft genug eine Handhabe für öffentliche Stellen, die Schließung herbeizuführen. Wie steht Ihr dazu?
Gems: Den Drogenberater haben wir zwar im Haus, aber wir sind und wollen keine therapeutische Einrichtung sein. Es soll „clean" bleiben. Es gab damit bisher auch keine Probleme, denn wir sind keine Hängerkneipe, dazu ist es viel zu hell hier, der Anspruch, der durch das Programm gestellt wird, ist viel zu hoch. Die Vorurteilein der Bevölkerung gehen allerdings oft in diese Richtung . . .
Seeblätter: Wie ist denn der Ruf im Ort?
Gems: Daß wir in Arlen gelandet sind, war Zufall. Es ergab sich durch die gute räumliche Möglichkeit, ein altes, länger nicht genutztes Gasthaus mir Saalbau zu benutzen. In dieser intakten Dorfstruktur sind wir natürlich als Wohngemeinschaft Fremdkörper, man kann sich hier unter dem , was wir machen, nichts vorstellen. Bestenfalls gibt man uns die Chance, uns zu bewähren. Wir selbst sind auf ein gutes Verhältnis aus, werden jedoch nicht aus Opportunität unsere ganze Konzeption umwerfen. Eine gewisse Gefahr stellen wir dar, weil wir auf Probleme hinweisen . . .
Seeblätter: Probleme, Alternativen . . . habt Ihr auch Kontakt zu anderen Initiativen?
Gems: Kontakte gibt es noch zu Frankfurt und Marburg. Vergleiche kann man aus den Genossenschaftskneipen in der Schweiz ziehen. Was politische Gruppen, Politik etc. anbetrifft, so sind wir eher Kristallisationspunkt für Diskussionen und Versuche., z.B. in den Formen des alternativen Zusammen-

lebens. Wir sind hier keine Parteizentrale! Wir bieten nur die Möglichkeiten, Gruppen, die z.B. auch politisch aktiv werden wollen, sich hier zu treffen . Andererseits wollen wir nicht nur reine Organisatoren sein, soweit es interessant ist, steigen wir auch inhaltlich ein.
Seeblätter:Wie siehts denn mit der Nachbarschaft aus?
Gems: Das reicht von Gleichgültigkeit bis zu gutmütiger Toleranz. Die Gasthausbesitzer dachten, wir seien nach 6 Wochen pleite. Jetzt, da die Sache läuft, stehen wir in höherem Ansehen, obwohl der ökonomische Druck sehr stark ist . . .
Seeblätter: Spekuliert Ihr also auch auf öffentliche Zuwendungen wie andere Kulturinsitutionen?
Gems: Das wollen wir nicht! Wahrscheinlich würden wir vorher zumachen als Geld zu nehmen. Öffentliche Zuwendungen bedeuten immer indirekte Mitsprache; gerade aber die alternativen Gruppen brauchen den Freiraum, der immer mehr eingeschränkt wird. Viele Initiativen passen sich an, oder werden unter Aufsicht gestellt, wir mischen uns ein!
Seeblätter: Dazu wünschen wir Euch viel Erfolg; wir danken Euch für das Gespräch.

*Die GEMS liegt oberhalb des Ortszentrums von Arlen. Von Konstanz/Radolfzell benutzt man am besten die Kreisstraße über Überlingen/Ried nach Rielasingen, biegt jedoch vor Ortsbeginn links ab (Rielasingen-Industriegebiet). Von da ab alles gerade aus, schließlich nach dem Gasthaus Rössle rechts.*

## ROCK– UND KUNSTMEETING

Vlotho Vor'n paar Jahren hatte 'ne Menge freaks und Musiker die Schnauze voll davon, sich auf irgendeinem ghettorockfestival unter polizeibelagerung und für kriminelle Eintrittspreise Musik anzuhören, die mit dem, was Rock, Blues oder jede andere Musik, die "von unten" kommt, ausdrückt, nichts mehr zu tun hat.
Damals entstand Vlotho "umsonst und draußen". Leute aus der Gegend, Bands, Jugendzentren, Kommunen, die sich kannten und befreundet waren, wollten ein Fest machen. Nicht aus kommerziellen Gründen, ohne Pop-Stars, sondern einfach der Wunsch nach einem Fest war da, eine phantastische Idee.
Inzwischen steht die "umsonst und draußen" Idee nicht mehr allein. Es gibt jetzt mehrere Plätze in Deutschland, wo ähnliches versucht wird. Wo versucht wird Musik zu machen, die sich auflehnt, Musik, die eine Erwiderung auf die gesellschaftlichen Verhältnisse ist, die ehrlich nur dann sein kann, wenn sie draußen, außerhalb des Systems bleibt.
Wenn Musiker sich selbst organisieren, zusammenleben, selbst Konzerte veranstalten, zusammen mit anderen durch Musik sich ausdrücken, und nicht wie gut geölte Musikautomaten auf der Bühne des großen Gelds rumhampeln.

Es gibt inzwischen Lichtblicke in Deutschland, die Musiker-Kooperative Schneeball z.B., am Rande von Vlotho entstanden, und die ganzen Eigeninitiativen, Benefiz-Konzerte, um Gelder für Prozesse reinzuspielen oder Rock gegen Rechts, dies zeigt, daß es möglich ist, gute Konzerte zu machen, für wenig Geld, gemessen an den Kommerz-Veranstaltungen.
Deshalb kommt nach Vlotho!
Vielleicht wird hier was von dem Traum Wirklichkeit, den DU im Kopf hast. Denn nur die Erfahrung der Wirklichkeit kann uns die Kraft geben, uns auszuschrauben aus der Maschine und was zusammen zu machen, was uns Spaß macht.
- checkpoint charly -

**Vlotho '79 umsonst und draussen!**
**findet am 17./18. und 19. August wieder an der Porta Westfalica statt.**

(aus: 'De Schnüss'/ Stattzeitung in Bonn)

**checkpoint charlie ist umgezogen:**
*check-point charlie,*
*Hauptstr. 60, 6761 Bisterschied, Tel. 06364/1294*

## PROZESS GEGEN PIRATENSENDER

*Lörrach 8. August* *Über den Prozeß gegen zwei Hobby-Funkamateure erhielten wir folgenden Bericht. Die'Härte des Gesetzes' hielt sich bemerkenswert in Grenzen.*

Seit nunmehr zwei Jahren ist der "illegale" Sender Radio Vert-Fessenheim ein wichtiges Organ der Umweltschützer im Dreiländereck Frankreich, Schweiz und Deutschland.
Er entstand im Kampf gegen das Bleiwerk Marckolsheim und gegen das Atomkraftwerk in Whyl. Gesendet werden Hintergrundinformationen und unterbliebene Nachrichten. Darüberhinaus läßt er dort Betroffene zu Wort kommen, wo das Volk übers Ohr gehauen wird. Sein Programm wird von allgemein zugänglichen "Antennengruppen" gestaltet.
Kurzum, er ist ein Dorn im Auge von Bonzen und Bürokraten.

Im März vergangenen Jahres stöberten Post und Polizei, ausgerüstet mit einem Peilwagen, die Senderanlage, während einer Sendung in einem Waldstück bei Lörrach auf.
In der näheren Umgebung des Senders traf die Polizei zwei Personen an. Außerdem wurde am nächsten Tag ca. 200 Meter vom Sender entfernt eine Mappe mit Anti-AKW-Aufklebern gefunden. Darin befand sich dummerweise ein handgeschriebener Zettel mit der Handschrift: "Wir haben jetzt eigene Batterien". Die Handschrift stimmte mit der eines der Spaziergänger überein. Das reichte aber nicht aus. Darum mußte die Gesinnung der zwei herhalten. Dieses schlug sich in einem zwei Jahre alten Flugblatt nieder, daß sich "kritisch mit der Atomenergieproblematik auseinandersetzte" (Zitat: Anklageschrift), für das der Zettelschreiber verantwortlich gezeichnet hat. Und der andere war mit ihm befreundet; wenn das kein Beweis ist! Nun konnte die Staatsanwaltschaft Anklage erheben.
Nach dreimaliger Verschiebung kam es am 2. August zum Prozeß. Trotz Ferienzeit und schlechter Mobilisierung war der Saal im Amtsgericht Lörrach mit ca. 50 Leuten voll besetzt.
Auch Radio und Fernsehen waren da.
Da die Angeklagten von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machten, wurde sofort mit der Zeugenvernehmung begonnen.
Ein Polizist berichtete von seinen Erlebnissen im Wald.
Ein Kommisar von seiner Beschlagnahmung eines Schulaufsatzes (Note 5) für den Schriftvergleich.
Auch ein Schriftsachverständiger war in brütender Hitze aus Stuttgart angereist und hat dem einen Angeklagten ein markantes Schriftbild bescheinigt.
Der Richter, dessen erstaunlich unbürokratische Verhandlungsführung angenehm auffiel, hatte den Tatgegenstand gleich mitgebracht. Seine Frage, ob der Frequenzbereich (Mhz 103,6) des Senders überhaupt jemand stören könne, mußte der Postzeuge nach einigen Nachhaken verneinen.
Außerdem erklärte er, wie es zu der Suchaktion gekommen war:
Die französische Regierung hatte sich in Bonn beim Innenministerium über die negative Berichterstattung eines deutschen Piratensenders über "französische Angelegenheiten" beschwert.

Das Postministerium mit dem Ausheben der Senderanlage beauftragt, schickte einen Peilwagen.
Nach der Vernehmung des Postzeugen stellten die Verteidiger den Antrag, etwas über die Inhalte und Hintergründe von Radio Vert zu hören. Zu diesem Zwecke hatten sie einen sachkundigen Elsäßer eingeladen. Das hörte der Staatsanwalt gar nicht gerne. Er schlug plötzlich vor, während der Pause mit dem Verteidiger über einen Kompromiß zu verhandeln.
So geschah es und folgendes kam dabei heraus:
Die Verfahren werden wegen Geringfügigkeit eingestellt und der Zettelschreiber muß eine Strafe von DM 150 an das Freiburger Öko–Institut (!) überweisen und Anwaltskosten und ein Teil der Gerichtskosten tragen.
Der Richter äußerte noch in der Lokalpresse:
"Das Jugendstrafrecht wurde angewandt, weil es etwas schwierig gewesen wäre, die Gesetze einzuhalten, ohne das Engagement der Angeklagten zu brechen".
Wer dem angeklagten Lehrling und damit auch das Freiburger Öko–Institut unterstützen will, spende auf folgendes Konto: PSchAmt Karlsruhe, 144 175-759

**Kontakt: AGUS – Kommunikationszentrum, Röntgenstr. 3, 7858 Lörrach**

## "...IHR VERHALTEN LÄSST ERKENNEN..."

*BREMEN 3. August* — *Zu der geplanten Entlassung von zwei Postlern, denen von der Postdirektion eine Tätigkeit für den KBW nachgesagt wird, erhielten wir nachfolgende Presseerklärung:*

"Am 13.7. hat die Deutsche Bundespost die beiden Fernmeldehandwerker Wilfried Willenbrock und Jürgen Hammermeister durch das Fernmeldeamt 1 Bremen mit Wirkung zum 31.8.79 kündigen lassen. Die Kündigungen werden gleichlautend begründet:

*'Ihr Verhalten läßt erkennen, daß Sie die Ihnen nach Ihrem Gelöbnis und Ihrem Arbeitsvertrag obliegende Pflicht zur Verfassungstreue nicht erfüllen wollen. Unter diesen Umständen ist Ihre Weiterbeschäftigung im Dienst der Deutschen Bundespost nicht mehr vertretabr, und wir sehen uns gezwungen, das Arbeitsverhält hältnis mit Ihnen fristgerecht zu lösen.'*

Vorausgegangen sind sogenannte Anhörungen in der Oberpostdirektion Bremn im Juni 1977 über die politische Gesinnung der beiden. Dort haben die beiden Arbeiter es abgelehnt, zu den Vorhaltungen, die nun auch Gegenstand der Kündigung sind, Stellung zu nehmen. Sie begründeten dies damit, daß sie ihre Meinung frei äußern würden, und es die Post nichts angeht, wie und in welcher Form dies geschieht. Diese Aktivitäten, die allesamt ohne Quellenangabe genannt wurden, außerhalb der Diesntzeit lagen und von 1976 stammten, bildeten dann die Grundlage für ein Abmahnungsschreiben im Mai 1978. Dort wurden die altbekannten Sachen noch einmal geschildert und von beiden eine Willenserklärung verlangt (innerhalb 4 Wochen) –

– ob sie bereit wären, ihre arbeitsvertraglischen Verpflichtungen zu erfüllen und sich entsprechend dem abgelegten Gelöbnis zu verhalten.
– 'künftig nicht mehr aktiv für den KBW tätig zu sein'
– 'eine etwaige Mitgliedschaft im KBW unverzüglich zu beenden.'

Nach Auffassung der beiden Fernmeldehandwerker stellt dies eine Aufforderung dar, Abbitte zu leisten und für die Zukunft – bei Strafe der Kündigung – ein bestimmtes politisches Verhalten zu befehlen! Fristgerecht haben die beiden auf diesen Versuch der politischen Unterwerfung und Disziplinierung öffentlich geantwortet. Trotzdem kam im Oktober 1978 der erste Kündigungsentwurf auf den Tisch. Die Kündigungen werden jedoch vom örtlichen Personalrat beim Fernmeldeamt 1, Bremen; dem Bezirkspersonalrat bei der Oberpostdirektion Bremen und dem Hauptpersonalrat beim Postministerium abgelehnt.

Darüberhinaus haben 84 Kolleginnen und Kollegen sich gegen die Kündigung der beiden durch ihre Unterschrift ausgesprochen, wie auch über 400 Kolleginnen und Kollegen in Personalversammlungen. Die Betriebsgruppe der GEW, Fachoberschule Meta-Satller-Str. schickte ebenso eine Solidaritätsresolution wie der Ausbildungspersonalrat (APR) am St. Jürgen-Krankenhaus und am Wissenschaftlichen Institut Schulen (WIS) sowie eine Veranstaltung des dortigen APR. Die beiden Kollegen Hammermeister und Willenbrock haben jetzt Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht eingereicht.

**Kontakt: W. Willenbrock, 2815 Etelsen, An der Eisenbahn 59, Tel.: 04235/1438**
**J. Hammermeister, 2816 Kirchlinteln-Otersen, Eschweg 105. Tel. 04238/1073**



## ES BEWEGT SICH WAS

*Bremen August 79* — *Im Sommer 78 ließ der Bremer Senat etwa 100 rot-weiß gestrichene „kommunale" Fahrräder zur allgemeinen Benutzung über das Stadtgebiet verteilen. Die Wartung und Reparatur der Räder übernahm eine Ausbildungs-Kooperative, in der vor allem arbeitslose Jugendliche arbeiten.*
*Nach wenigen Wochen waren die Hälfte der Räder verschwunden oder unbrauchbar.*
*Aber der „Modellversuch" ging weiter. Heute sind es etwa 25o Fahrräder, hinter denen die Radsüchtigen herjagen.*
*Ein Bericht aus dem „Bremer Blatt":*

Nun sind es also 200, oder wieviel, also ich hab noch nicht drei auf einmal gesehen, aber das mag an mir liegen. Kommunale Räder, alle mal herhören, wo steht ihr eigentlich still? Der richtige Radweg ist in Bremen und auch jetzt in Darmstadt eingeschlagen, aber reicht das aus? frage ich mich, wo ich doch noch nie, oder beinah nie, auf einem solch öffentlichen Drahtesel gesessen habe.
Also ich komme neulich in den Keller von einem Freund, da steht so ein rotweiß-bremerfarbiges Gerät im Hobby-Keller, frage ich ihn, ob er sich das schon "organisiert" hat, sagte der doch glatt: "Ne, das ist noch vom letzten Jahr!" – Ich hab auch schon sagen hören, daß man die weißen Streifen blauangestrichen durch die Stadt fahren sah.
Was mich angeht, so hab ich auch traurige Erfahrungen zu vermelden: neulich brachte Peter eins vom Kinderladen mit, und ich saß in der Küche und freute mich, gleich mit dem

Dingsda in die Stadt auf die Post zu fahren. Aber kaum hatte ich meine 7 Sachen zusammen, da war es auch schon wieder weg. So'n Mist. Also bin ich zu Fuß in die Stadt. Immer die Augen stur auf rot-weiß gerichtet, irgendwo mußte doch so ein Kommunales stehen. Alle Fahrradständer hab ich abgesucht, dachte, weil ich doch schon zu fuß in die Stadt, dann kann ich doch wenigstens mit dem Zweitreter wieder zurück. Vor Horten traf ich dann einen, den hab ich gefragt, ob ich auch mal fahren dürfte. Sieht der mich mitleidig von oben herab, sozusagen von kommunaler Höhe her an und sagte, daß er jetzt drauf säße. Und ließ sich nicht bewegen, mir den Platz auf dem Sattel zu räumen. Also bin ich weiter. Hat mich sauer gemacht. Da zahlt man jahrein jahraus Steuern, und wer sitzt auf dem hohen Rad, nicht ich, sondern ... (naja, ich will nun nicht alle Vorurteile auspacken, die ich so mit mir rumschleppe.)
Aber weiter. Plötzlich seh ich jemand von einem Rot-Weißen absteigen, der geht in einen Laden, ich hin, will ihm das Öffentlichkeitsmittel unterm Hintern wegziehen, aber der riecht den Braten und schwupp dreht er sich um, geht auf sein (unser ? ) Gefährt zu und radelt davon. Scheiße. Bin ich nur zu dickfällig, aber was ist los. Wenn man schon auf so eine Art Beförderung erfährt, dann soll doch jeder mal, oder nicht?
Und dann, als wenn ich auf der Lauer gelegen hätte, da steht eins, vor einem Geschäft, mit Ständer hingestellt, ich bei Rot über die Kreuzung und hin, jetzt kann es mir keiner mehr nehmen. In aller Ruhe hab ich den Ständer eingeklappt, das ging etwas schwer schon, aber schließlich fährt man nicht mit dem Ständer. Und drauf, und los. Und - quietsch, schabbel, schabbel, quietsch. Beinahe wär ich runtergefallen. 50 Meter weit, und das für meine ganzen Steuern, ist ein bißchen wenig Null-Tarif, finde ich. Hab das Dingen wieder abgestellt. Ich dachte, wenn die schon was in die Öffentlichkeit radeln lassen, dann wenigstens eins was in Ordnung ist. Und das drei Tage nach Einführung.
Ich bin bis heute nicht dahintergekommen, was mit dieser Idee nicht stimmt. Vielleicht sollte man gar keinen Anspruch erheben und einfach abwarten, bis jemand mal zufällig einem ein Kommunales ins Haus bringt, oder gar nicht immer dran denken. Oder aber alle Räder sollten Kommunal sein, dann würden nicht 200 ihren Hintern immer auf dem selben Sattel lassen, oder überhaupt die Autos aus der Stadt raus und nur noch Fahrräder, da würde selbst ich als 200 Pfünder mitmachen, aber ich glaub, jetzt komm ich ins Träumen.
Na denn, nichts für ungut, irgendwann werd ich auch nochmal auf so ein kommunales Roß steigen.

**Eschhaus auf Grund "Carstens–Artikel" von Schließung bedroht**

Duisburg/Frankfurt --8.9.79

**Ich denk an nichts Böses und klebe den neuen ID zusammen.(Layout–Nacht, 23Uhr).**

**Auf einmal klingelt das Telefon und ein Eschhaus–Mitarbeiter aus Duisburg ist am Telefon:**

*Weil sie den Carstens;Artikel aus dem "Blatt" (s. ID 282) in den "Eschhaus;–Heften" nachgedruckt haben, sollen dem Kommunikationszentrum Eschhaus die öffentlichen Mittel entzogen werden. Im nächsten ID folgt eine ausführliche Erklärung der Eschhaus–Leute.*
*(Gute Nacht, Waldemar im ID)*

**Kontakt: Kommunikationszentrum Eschhaus**
**Niederstr. 32–34, 41 Duisburg 1,**
**Tel.: 0203/25141**

## KÜHLWASSERSPEICHERBECKEN FÜR NEUE ATOMKRAFTWERKE IM EMSLAND GEPLANT

GEESTE 3. Juli *Während alles nach Gorleben starrt, tut sich an anderen Standorten der Atomenergie-Industrie etwas in der Stille. Die Vorbereitungen dafür, das Emsland zum neuen Schwerpunktgebiet für den Bau von Atomkraftwerken zu erschließen, machen gute Fortschritte abseits der großen Öffentlichkeit.*

Ende 1977 wurden zum ersten Mal Pläne bekannt, nach denen im Bereich der emsländischen Gemeinde Geeste ein Kühlspeicherbecken gebaut werden soll. Initiator war eine Planungsgemeinschaft der Energieversorgungsunternehmen (EVU) RWE und VEW. Das Becken sollte 50 000 000 $m^3$ Wasser fassen, etwa 350 ha Fläche einnehmen. Wegen der in diesem Gebiet vorkommenden niedrigen Grundwasserstände war eine Einbringung des Beckens in den Boden nicht möglich. Deshalb sollte der Bodenaushub nur 1 m betragen und der Speicher also oberirdisch angelegt werden, was bedeutet, daß die Wasserfläche von einem ca 20 m hohen Wall umgeben werden muß. Bei einer projektierten Gesamthöhe von ebenfalls 20 m würde das bedeuten, daß die Wasserfläche also bei Höchststand etwa 1m unter der Dammkrone liegen würde. Um das Projekt in die Landschaft einzupassen, schlug die Planungsgemeinschaft eine entsprechende Begrünung des Deiches vor. Zwei Standorte wurden alternativ angepeilt: je einem südlich bzw. nördlich der Straße Osterbrock—Geeste (L 67), im Osten begrenzt durch den Verlauf der Verkehrswege B 70/Dortmund-Ems-Kanal/ Bundesbahnlinie Rheine-Emden. Der Regierungspräsident leitete am 11.1.78 ein Raumordnungsverfahren ein.

Natürlich tauchten sofort nach Bekanntwerden der Pläne die Fragen auf, welchen Zweck das in dieser Menge gespeicherte Wasser denn wohl nun erfüllen sollte. So ergänzten dann die EVUs in Presseerklärungen noch vor Weihnachten 1977, daß beabsichtigt sei, in Lingen und Meppen je zwei Atomkraftwerke vom Typ Biblis, also mit je 1300 MW Leistung, zu bauen. Ein Werk dieses Typs benötigt in jeder Betriebssekunde 60 Tonnen Wasser, das sind 5 184 000 Tonnen täglich. Die Wasserkapazität der Ems reicht dazu bei weitem nicht aus, besonders aber nicht in sommerlichen Trockenperioden. Schon die kleine Anlage des stillgelegten Atomkraftwerkes Lingen I mit ihren 267 MW Leistung, mußte ab und zu Wasser aus der Hase, einem Nebenfluß der Ems beziehen, um die benötigten Kühlkapazitäten zu erhalten.

Die Landesregierung stellte sich zunächst — wider besseren Wissen — dumm und ließ durch ihren Pressesprecher verkünden, ihr sei von alledem nichts bekannt. Die Bürger der Gemeinde Geeste reagierten zunächst spontan ablehnend. Diese Ablehnung hatte durchaus unterschiedliche Gründe: Der größte Teil der Bevölkerung des Dorfes Geeste fürchtete um den Bestand der Struktur des Dorfes selbst und führte immer wieder seine mehr als 600jährige Geschichte ins Feld. Hauptgrund dieser Sorge war, daß bei einer Verwirklichung der nördlichen Variante I ein großer Teil der Geester Landwirte die Existenzgrundlage verlieren würde. In der Umgebung des Dorfes wäre nicht genug landwirtschaftlich nutzbarer Boden zu kaufen gewesen, um die durch den Speicherbeckenbau verkleinerten Höfe wieder auf eine lebensfähige Grundlage zu bringen. Das hätte also die Aussiedlung fast aller bäuerlichen Betriebe zur Folge gehabt. Hinzu kamen natürlich sicherheitstechnische Bedenken. War ein Wasserspeicher dieser Größe überhaupt in derartiger Hinsicht zu verwirklichen? Welches Risiko würde der Bevölkerung entstehen? Welche Auswirkungen wird der Bau auf den Wasserhaushalt des Gebietes haben? Diese Fragen interessierten vornehmlich die unmittelbar betroffenen Bürger der Ortsteile Geeste und Varloh. Die umliegenden Ortsteile Dalum und Groß-Hesepe fühlten sich wenig betroffen. Die Einwohner des Ortsteiles Osterbrock fühlten sich hinter dem Dortmund-Ems-Kanal sowieso ziemlich sicher.

Die Gemeindeverwaltung und den Gemeinderat ärgerte neben diesen Bedenken noch die Haltung der Stadt Lingen, die zwar bereit war, der zu erwartenden Steuereinnahmen wegen, die Atomkraftwerke zu übernehmen, von der Existenz des Speicherbeckens auf ihrem Gebiet aber nichts wissen wollten. Die Stadt Lingen hatte sich deswegen auch bereits sehr schnell gegen die südliche Planungsvariante ausgesprochen, da davon ein Waldgebiet im nördlichen Stadtgebiet, der Biener Sand mitbetroffen wäre. Weiterhin hatte mann es abgelehnt, einen Teil der Gewerbesteuereinnahmen aus den AKWs nach Geeste fließen zu lassen, gewissermaßen als Entschädigung. Zusätzliche Verärgerung war entstanden, weil bekannt geworden war, daß die Planungen der Energieversorgungsunternehmen (EVUs) schon seit einigen Jahren bestanden, der Standort Geeste seit langem im Gespräch war, das Vorhaben sowohl der Landesregierung und der Kreisverwaltung bekannt war, nur die Gemeinde Geeste nichts davon erfahren hatte. Bedenken kamen auch einem Teil der Bevölkerung hinsichtlich der Kraftwerksplanung: Atomkraftwerke, gleich vier Stück, gleich 52000 MW, eine derartige Massierung war nun doch nicht geheuer. So kam es schließlich im März 1978 zur Bildung der Bürgerinitiative in Geeste. Gleichzeitig versuchten die EVUs, diesen Bedenken und Bestrebungen entgegenzuarbeiten: Mehrfach tauchten ihre Leute zu Informationsveranstaltungen in Geeste auf. Die Sicherheitsbedenken wurden als gegenstandslos dargestellt und die Freizeitmöglichkeiten, die der neue See angeblich bringen würde, hervorgehoben. In beiden Zusammenhängen wurde immer wieder auf bestehende Talsperrenbauten der beiden EVUs beispielsweise im Sauerland (etwa dem Biggesee) verwiesen. Dazu wurde dann auch ein besonders aufwendiger Prospekt erstellt, den die Mitglieder des Kreistages anläßlich einer Besichtigung erhielten. Als sich die Bürgerinitiative um ein solches Heft bemühte, teilte die VEW ihr mit, alle Exemplare seien vergriffen. Außerdem seien sie nicht zur allgemeinen Veröffentlichung vorgesehen. Mit gutem Grund, denn einer kritischen Überprüfung hätte das Heft nicht standgehalten.

Die Bürgerinitiative versuchte nun, den Behauptungen der Betreiber entgegenzuarbeiten. Die wesentlichen Argumente sind: Talsperren wie der Biggesee sind nicht vergleichbar mit dem geplanten Vorhaben in Geeste. Bei Talsperren wird, wie schon der Name sagt, ein Tal mittels eines Dammes (oder früher einer Mauer) abgesperrt. Die Hauptwasserlast wird jedoch vom umliegenden Gebirge getragen. Im Falle des Geester Speichers aber hätte der Damm die Leistung des Gebirges voll mit übernehmen müssen, weil das Land flach ist wie ein Tellerboden. Die Auskleidung des Beckenbodens und der Damminnenseite muß wegen der herrschenden Bodenverhältnisse mit einer Folie oder einer Bitumenschicht erfolgen. Der Speicher wäre also eine riesige Schüssel. Außerdem müssen gegen eine Freizeitnutzung auch noch Sicherheitsbedenken angeführt werden. Die Beeinträchtigung oder der Ausfall des Speichers in seiner Funktion als Kühlwasserlieferant hätte für die AKWs katastrophale Folgen. Würde beispielsweise der Damm beschädigt oder teilweise zerstört, würden neben einer riesigen Überschwemmungskatastrophe auch noch die Kühlungen der AKWs ausfallen. Der Damm müßte also durch Eingriffe von außen abgesichert werden, und somit fällt eine allgemeine Nutzung des Gewässers aus.

Im Frühjahr 1978 wurde dann der Geester Gemeinderat von der Planungsgemeinschaft eingeladen, ein vergleichbares Projekt in der Gegend von Rotterdam zu besichtigen. Der Gemeinderat nahm die Einladung zwar an, trug die Fahrtkosten aber selber. Und als die Gemeindevertreter in Rotterdam eintrafen, mußten sie feststellen, daß es mit der Vergleichbarkeit nicht allzu weit her war: Es handelte sich bei dem niederländischen Projekt um oberirdisch angelegte Trinkwasserspeicher im Gebiet Watt/Küste mit weit geringerem Fassungsvermögen und fernab jeglicher menschlichen Siedlung. Die Speicher waren nur über Dämme oder per Boot zu erreichen. In Rotterdam erfuhren der Gemeinderat dann auch, daß Speicher dieser Größenordnung zwar sicher, aber nicht vollkommen dicht zu bauen seien. Wenige Tage später lehnte der Geester Gemeinderat dann fast einstimmig das Projekt ab. Die Ablehnung oder Zustimmung ging im Emsland nun mittlerweile quer durch alle Parteien. Deshalb hat der Kreistag bis heute noch nicht seine Stellungnahme zum Speicherbecken abgegeben.

Die EVUs versuchten, dem Widerstand durch eine mehrgliedrige Strategie zu begegnen. Zum einen verzögerten sie nun das Projekt mit dem Hinweis, es nicht sonderlich eilig zu haben. Hinzu kam eine Kampagne für die Atomenergienutzung, die einmütig von der Landesregierung, den Parteien, der Kreisverwaltung, den Gewerkschaften,den EVUs und der hiesigen Presse geführt wurde. Die üblichen Gemeinplätze wie „Atomenergie ist unverzichtbar", „Ohne Atomenergie keine Arbeitsplätze". „Sonst gehen die Lichter aus", „Wir müssen unsere Verantwortung für die Zukunft erkennen" usw. fanden dabei reichlich Verwendung. Die Kampagne blieb natürlich nicht auf Geeste beschränkt, denn im Laufe des Jahres 1978 stellte die VEW den Antrag auf Errichtung des Atomkraftwerkes Lingen II, dem ersten von vier zu erwartenden.

Zum anderen ging mann von Seiten der EVUs daran, die Tatsachen zu verändern, um so vollendete Tatsachen schaffen zu können. Nachdem Oberkreisdirektor Brümmer bereits Ende 1978 betont hatte, zwei Kraftwerke seien genug, reduzierten die Unternehmen ihre Planung von vier auf zwei, in der nicht unberechtigten Hoffnung, diesen „Kompromiß" leichter durchsetzen zu können. Davon ist natürlich auch die Kapazität des Geester Beckens betroffen, die jetzt etwa um die Hälfte verkleinert werden kann. Das bedeutet dann für die Planung, die Dammhöhe kann entweder um die Hälfte auf 10m gekürzt werden, oder die Fläche von 3,5 qkm halbiert sich. Vom jetzigen Stand der Angelegenheit ist das erste Modell wahrscheinlich. Nachdem nur noch zwei AKWs zu Diskussion standen, schienen für die Bezirksregierung bzw. für die Landesregierung und die Planungsgemeinschaft alles klar zu sein. Ohne den Abschluß des Raumordnungsverfahrens abzuwarten, schien mann sich auf Bau und Standort des Speicherbeckens geeinigt zu haben.

Mittlerweile wurde aus einem Gerücht bald Wahrheit: Ein Osterbrocker Landwirt hatte Waldgelände an die VEW verkauft. Zum Preis von ca. 10,50 DM/qm. Die Relation wird klar, wenn mensch sich die Verkehrswerte der Areale in diesem Gebiet anschaut, die zwischen 0,50 – 2,50 DM/qm liegen. Damit war das Eis gebrochen. Der VEW gelang es , in ganz kurzer Zeit den größten Teil des benötigten Besitzes im Bereich der südlichen Variante auf zukaufen. Die VEW hat außerdem den Karlswald vom Herzog von Arenberg erworben, ein etwa 200 ha großes Gebiet östlich von Meppen, das gut als Tauschgelände für den Biener Staatsforst (einem Teil der bereits erwähnden Biener Sandes) herhalten könnte. Die Grundstückspreise sind durch die VEW-Angebote in der ganzen Gegend enorm gestiegen. Wer also landwirtschaftliche Nutzfläche verkaufte und neue brauchte, um seinen Betrieb zu erhalten, konnte dies kaum oder nur zu überhöhten Preisen erwerben, so daß von einem Gewinn des Landverkaufes an die VEW nicht mehr viel blieb. Mensch wollte also Land wiederhaben von der VEW. Und dieser Handel stößt z.Z. noch auf Schwierigkeiten.

Das eingeleitete Raumordnungsverfahren wird nach diesen Vorgängen zur Farce. Es wirkt wie eine schlecht gemachte Beruhigungspille, damit dem lästigen, gesetzlichen Gang genüge getan ist, mehr nicht, alles andere ist bereits ausgehandelt. Wo die dafür Verantwortlichen sitzen, läßt sich noch aus einem anderen Indiz erkennen: Während eines Gesprächs zwischen dem emsländischen Oberkreisdirektor Brümmer und der Bürgerinitiative Geeste erfuhren die Umweltschützer, daß unter Vorweis auf eine Rede des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht in Nordhorn beabsichtigt sei, ein ökologisches Gutachten für das Raumordnungsverfahren zu erstellen.

*Ein Brief der Bezirksregierung an Betroffene enthält eine Passage, die über das Ziel des Gutachtens Auskunft gibt. Wörtlich heißt es:„Ziel des Gutachtens ist es ... Grundlagen zu erarbeiten, die eine ökologisch befriedigende Eingliederung des Speicherbeckens ermöglichen.". Es ist also nicht die Rede davon, ob das Speicherbecken zufriedenstellend eingeordnet werden kann.*

Es geht schon einen Schritt weiter: Die ökologisch befriedigende Eingliederung des Speicherbeckens muß ermöglicht werden. Mit anderen Worten, bevor alle Untersuchungen abgeschlossen sind, bevor alle Stellungnahmen eingeholt sind, steht zumindest für die beauftragende Dienststelle fest, daß das Speicherbecken gebaut wird.

Die Geester Bürgerinitiative hat deswegen — unter Berufung auf § 21 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (er entspricht der Befangenheitsklausel im Strafprozeßrecht) vom zuständigen Regierungspräsidenten die Ablösung des verantwortlichen Sachbearbeiters verlangt.

**Kontakt: Bürgerinitiative Geeste, c/o Werner Bußmann, Gartenstraße 51, 4478 Geeste 3, Tel. 05907/ 545.**

**Aus der Folterkammer der Psychiatrie**

## ELEKTROSCHOCKS IM LANDESKRANKENHAUS BONN

*Bonn Juli 1979* *Über Elektroschocks und deren Folgen bei den "Behandelten" hat die Fachschaft Medizin (Klinik, Robert-Koch-Str. 21, 53 Bonn) eine Broschüre herausgegeben: "Gegen die E-Schockbehandlung in der Psychiatrie". Die Broschüre ist bei der Fachschaft für eine Mark zu beziehen. Aus diesem Heft:*

Wenn Patienten mit Psychopharmaka, der chemischen Zwangsjacke, nicht zu bändigen sind, greifen einige Ärzte zu brutalsten Behandlungsmethoden: ELEKTROSCHOCKS. Einer von ihnen ist der angesehene Prof.Dr. Huhn, Leiter des LKH Bonn. Wie E-Schocks von Patienten empfunden werden, scheint den Ärzten anscheinend egal zu sein:

Eine 41-jährige Frau:

*"Das Erwachen ist furchtbar. Ich habe nicht mehr gewußt, wer ich bin. Das ist erst langsam gekommen: Ach du hast ja Kinder. Dann habe ich mich erst besinnen müssen, wo ich wohne. Dann ist es gekommen, daß ich ja Witwe bin. Dieses Ichbewußtsein ist erst wieder gekommen. Das Erwachen ist wie aus dem Sterben raus. Man kann nicht schildern, wie furchtbar es ist, weil ich das eigene Ich nicht mehr gewußt habe. Das Erwachen ist fürchterlich, daß ich mich jedesmal so gefürchtet habe vor dem Schock."*

Ein anderer Patient:

*"So unheimlich ist mir das, als müßte ich auf den Tod warten, als käme ich auf den elektrischen Stuhl. Grauenhaft ist das, als wachte ich nicht mehr auf. Ich fürchte mich entsetzlich. Ich könnte eher Selbstmord begehen, als mich wieder schocken zu lassen."*

Die Todesfurcht der Patienten ist nicht unbegründet. Schon mehrere Menschen sind während des E-Schocks gestorben, viele haben sich nachher aus Verzweiflung das Leben genommen.

**Unheilbare Schäden**

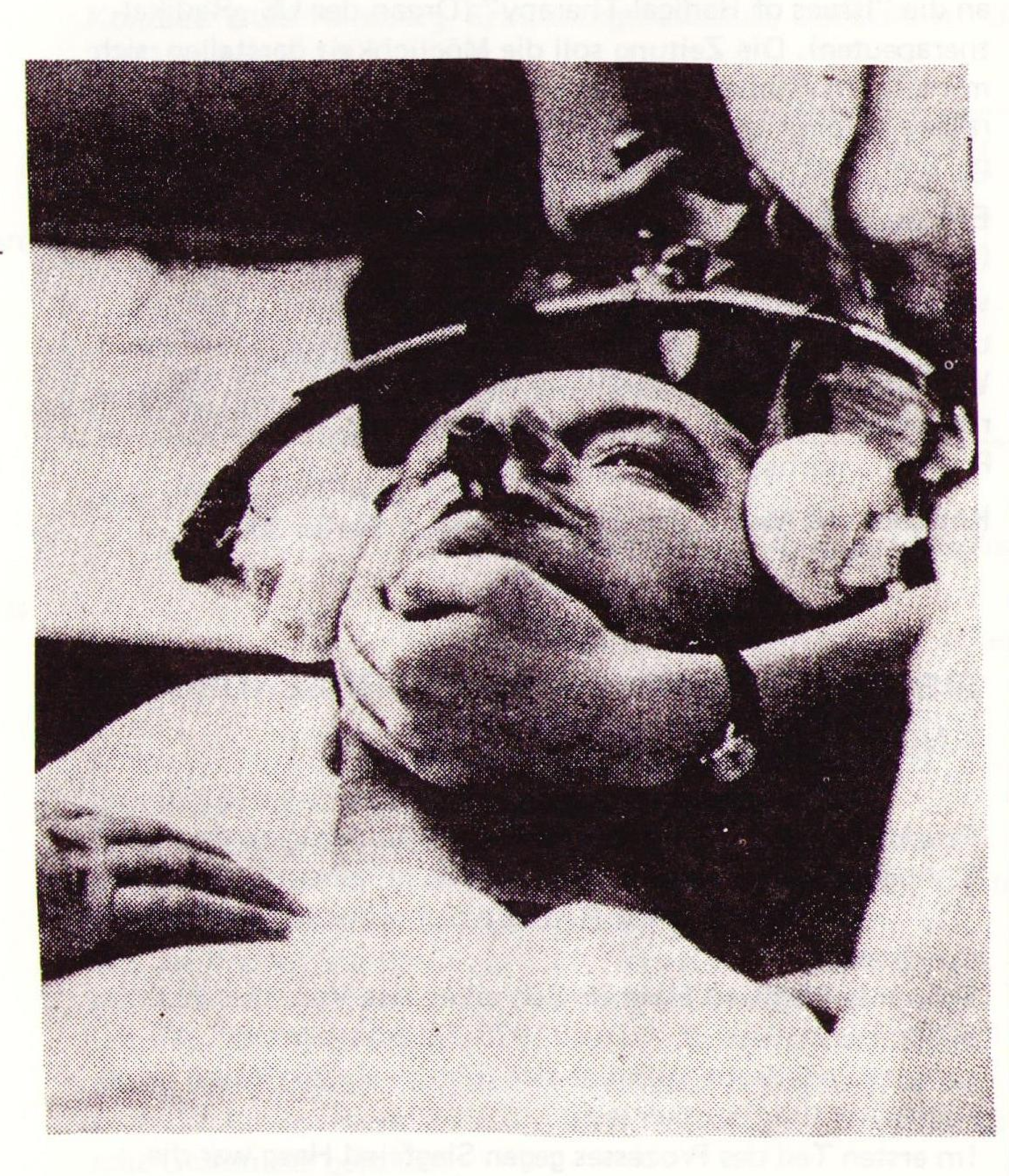
Jeder Schock tötet eine Menge von grauen Gehirnzellen! Er hat die Wirkung von winzig kleinen Schrotkugeln, die ins Gehirn geschossen werden. Daher kann schon ein einziger Schock dauernde und unheilbare Hirnschäden verursachen. Je öfter geschockt wird, um so größer ist die Gefahr, schwachsinnig zu werden.

Nach dem Schock hat man einen schweren Kopf wie nach einem Keulenschlag. Man fühlt sich "bematscht und zu". Oft kommt es zu grausamen Gedächtnisausfällen, Vorstellungsarmut, Störung der Merkfähigkeit, der Aufmerksamkeit, der räumlichen und zeitlichen Orientierung. Heilend wirken soll der E-Schock angeblich bei Lebensmüden, jedoch gibt es genügend Beispiele, die belegen, daß auch nach E-Schocks die Selbstmordgefahr nicht beseitigt worden ist. So nahm sich Ernest Hemmingway nach der zweiten E-Schock-Serie das Leben.

Der Friede, der in die Anstalten mit der Einführung der E-Schocks zog, war der Friede von geistig Toten. Die Irrenhäuser wurden zu Friedhöfen. Ergebnis der E-Schock-Behandlung war oft die Abtötung menschlicher Initiative und Regsamkeit.

**Verfassungswidrige Behandlung**

Für uns ist die E-Schockbehandlung verfassungswidrig, weil hier die Würde des Menschen und das Recht auf körperliche Unversehrtheit in gröbster Form verletzt wird.
Selbst wenn uns die Ärzte vorhalten, es würden Freiwilligkeitserklärungen der Betroffenen vorliegen, so sind sie in den seltesten Fällen rechtswirksam. Denn schon 1954 stellte der LVR (Landschaftsverband Rheinland — Träger der Landeskrankenhäuser) fest, daß eine rechtswirksame Zustimmung eines Patienten zu einer Elektroschockbehandlung nur dann als vorliegend erartet werden kann, wenn er sich über die möglichen Folgen der Behandlung im klaren ist. Diese Klarheit ist durch entsprechende Aufklärung durch den Arzt zu erfolgen.
Würde ein Arzt die wirklichen Folgen seiner Schockbehandlung mitteilen, so wären nur die wenigsten bereit, sich einer freiwilligen Selbstverstümmelung auszusetzen. Wir gehen davon aus, daß die wirklichen Folgen den Patienten verheimlicht werden.
Die Angst, die Patienten vor dem Schock haben, sind für manche Psychiater krankheitsbedingt. Für sie ist die Angst vor E-Schocks unbegründet....



**"Unbequeme Nachrichten":**

Es ist wichtig, daß immer mehr Leute die Zustände in den LKHs als ihre Sache begreifen und daran mitwirken, das Behandlungssystem abzuschaffen. Deshalb brauchen wir jede Art von Unterstützung:
Jeder Patient oder Angestellte des LVR, sowie alle anderen können bei uns mitarbeiten oder sich mit Beschwerden und Informationen an uns wenden. Eine weitere Hilfe sind Geldspenden bzw. Abbonements der "Unbequemen Nachrichten' (Informationen aus Nervenheilanstalten , Heimen und anderen Abschiebe-Einrichtungen); pro Jahr ab DM 10,- bis ... Zahlungen auf das Konto: Helft dem SSK e.V. - Unbequeme Nachrichten – PSchKto. 23 15 10 - 508 Köln; Spendenquittungen werden auf Wunsch ausgestellt.
Inzwischen sind auch in Bonn und Düsseldorf Beschwerdezentren gegründet worden, weitere sollen noch gegründet werden, wozu wir jeden aufrufen.

**Beschwerdezentrum Bonn, Endenicher Str./Mozartstr., Tel. 650 766, freitags 16 - 20 h**
**Beschwerdezentrum Düsseldorf, Kopernikusstr. 53, Tel. 343 727, mittwochs ab 20 h**
**SSK–Beschwerdezentrum Köln, Liebigstr. 25, Tel. 556 189, täglich 14.30 - 18.30 h**

**Berlin – "Radikale" Psycho-Arbeit**

Wir sind ein paar Leute, die hier in Berlin in verschiedenen Bereichen alternative Psycho-Arbeit machen (Psychotherapeuten-Kollektiv, Experimentieren mit alternativen Präventions- und Therapiemethoden, psychotherapeutische Selbsthilfe, "Barfußtherapie" usw.)
Wir möchten mehr Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit anderen Psychoarbeitern, die es auch satt haben, sich allein durchzusetzen gegen einerseits die Politfreaks (die Therapie total ablehnen) und andererseits die Therapie- und Mystikfreaks (für die Therapie alles ist).
Wir sind z.Zt. bei der Vorarbeit für eine Zeitung, in Anlehnung an die "Issues of Radical Therapy" (Organ der US–Radikaltherapeuten). Die Zeitung soll die Möglichkeit darstellen, sich mit allen möglichen Ansätzen, sanfter, grüner, alternativer, radikaler (oder wie das auch sonst noch heißen könnte) Therapie und psychosozialer Präventionsarbeit auseinanderzusetzen.

Es wäre dufte, wenn Leute, die auch was in dieser Richtung (Psychoarbeit) machen, von sich hören ließen. Gut wäre auch, wenn ihr uns Berichte (von Eurer Arbeit), sonstige Beiträge und Anregungen für die Zeitung schicken könntet.
Wir haben auch die Vorstellung, daß in nächster Zeit ein überregionales Treffen zum Bereich der "radikalen" Therapie und Präventionsarbeit laufen kann. Liebe Grüße von uns.

**Kontakt: Jos Meyer, Dennewitzstr. 16, 1 Berlin 30**

## SIEGFRIED HAAG – PSYCHIATRISIERUNG ANGEDROHT

Frankfurt
8. August

Die Justiz will Siegfried Haag zwangsweise psychiatrisieren und an einem Gefangenen aus der RAF die Sicherheitsverwahrung durchsetzen.
So wurde Siegfried Haag im Schreiben des Vorsitzenden des 5. Strafsenats vom 3. August 1979 die zwangsweise Untersuchung angedroht, wenn er sich nicht freiwillig durch einen Psychiater untersuchen lasse.
Im ersten Teil des Prozesses gegen Siegfried Haag war die Bundesanwaltschaft bereits darauf aus, das faschistische Institut der Sicherheitsverwahrung anzuwenden.
Dieses Projekt wurde jedoch auf den letzten laufenden zweiten Teil des Prozesses vertagt. In dem Moment, wo mit dem Urteil des ersten Abschnitts die Konditionierung der Öffentlichkeit für dieses Projekt noch weiter vorangetrieben wurde, wo die Fortsetzung des Prozesses alleine gegen Siegfried Haag eine weitere Personalisierung brachte, wo an der gesteigerten Rezeption des Urteils in der Presse eine Akzeptanz für die Sicherheitsverwahrung von politischen Gefangenen hergestellt wurde und sich die Justiz damit neu munitionierte, soll jetzt auf der Linie der propagandistischen Bekämpfung der RAF, deren Politik in der Person eines Gefangenen für abnorm, für pathologisch erklärt werden.
Dafür war das erste Urteil, das nur über das Haag/Meyer Rädelsführer-Konstrukt möglich war, Voraussetzung.
Jetzt nimmt der Staatsschutz Siegfried Haag erneut ins Fadenkreuz, um exemplarisch Sicherungsverwahrung und Psychiatrisierung von Gefangenen aus der RAF durchzusetzen.
Die zwangsweise Psychiatrisierung mit Hilfe der faschistisch determinierten, biologisch behaviouristischen Psychiatrie bedeutet: Untersuchung mit Gewalt, zwangsweise Einweisung in eine geschlossene psychiatrische Abteilung, stationäre Beobachtung dort, Anwendung von Drogen und Psychopharmaka, Narkose für bestimmte Untersuchungen und so weiter.
Dies steht in der Kontinuität der Psychiatrisierungsversuche an Gefangenen der RAF wie z.B.:
Ulrike Meinhof: Szintigraphie (Gehirnstrommessung)
Carmen Roll: Zwangsnarkose
Günter Sonnenberg: Sensorische Deprivation nach Hirnverletzung durch Kopfschuß.
Die Pathologisierung der Politik mit Hilfe der Psychiatrie ist das Mittel, Gefangene wegen ihrer, trotz Isolation im Hochsicherheitstrakt ungebrochenen politischen Identität in Gesinnungshaft, in Sicherheitsverwahrung zu nehmen.
Politische Überzeugung soll an Siegfried Haag exemplarisch als abnorm dekreditiert werden, um so die Sicherheitsverwahrung zukünftig beliebig gegen den politischen Gegner einsetzen zu können.

**Kontakt: Siegfried Haag über RA Weider, Bergerstr. 200, 6 Frankfurt, Tel. 0611 / 452 083**

## PRESSEMITTEILUNG ZU HERBERT SOFFEL

**Auszug**

HAMBURG
30. Juni

*Herbert Soffel, einer der Angeklagten im Prozeß gegen den Frankfurter Gefangenenrat, ist vor einem Monat aus der Universitätsklinik heraus verhaftet worden. Dort befand er sich seit etwa sechs Wochen in stationärer Behandlung, nachdem er wegen Haftunfähigkeit aus dem Knast entlassen werden mußte (ID 290).*

In der Nacht auf den 6. Juli hatte Herbert ein akutes Nierenversagen, woraufhin er noch in der Nacht mit einem Notarztwagen ins Knastkrankenhaus nach Kassel verschubt worden ist. Zwei Tage später wurde er nach Preungesheim zurückgebracht – der Prozeß gegen ihn lief weiter. Die Gutachter Schwedes und Püll hatten Herbert bereits am 19.6. in ihren Gutachten für wieder haftfähig erklärt, seine Hämoglobin-Werte (Blutwerte) waren wieder "normal". Das war auch die Begründung für die Wiederinkraftsetzung des Haftbefehls gegen ihn. Diesselben Gutachter kamen auch an den verschiedenen Verhandlungstagen zu dem Ergebnis, das Herbert sechs Stunden verhandlungsfähig sei.
Während dieser Verhandlungen hat Herbert versucht, darauf zu bestehen, daß er der Verhandlung nicht folgen kann – worauf das Gericht mit seinem Ausschluß reagiert hat. Am 20.7.79 ist Herbert dann per Antrag der Staatsanwaltschaft für den ganzen weiteren Verlauf des Prozesses ausgeschlossen worden, die

Staatsanwaltschaft hatte den Antrag damit begründet, daß Herbert sich die Verhandlungsunfähigkeit selbst zuzuschreiben, also selbst verschuldet hat. Gutachterlich wird bestätigt, daß Herberts lebensbedrohlicher Gesundheitszustand allein auf seine negative Einstellung beim Prozeß und gegenüber dem Gericht zurückzuführen sei. Bei mehr Kooperationsbereitschaft !!! wäre er auch nicht krank. Durch Herberts Ausschluß ist der reibungslose Prozeßverlauf abgesichert. Am 23. 7.79 wurde er dann auch wieder ins Knastkrankenhaus nach Kassel gebracht, weil – so der Richter – "er dort besser beobachtet und medizinisch versorgt werden kann."

**Birgit Soffel, Hamburger Berg 23, 2000 Hamburg 4**

## DER SCHWARZE MANN BLEIBT WEITERHIN IM DUNKELN

**Freispruch für Joachim Gurr**

Hamburg 13.7.79

*Ein Bericht von Prozeßbeobachtern:*

Vor 2 1/2 Jahren, im Januar 77 rief die Hamburger BUU zu einer Demonstration in der Hamburger Innenstadt auf. 3 Wochen vor der großen Brokdorf-Itzehoe Demonstration war das öffentliche Klima zur Atomkraft bis auf das Äußerste gespannt, waren die Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei auf einem Höhepunkt angelangt.

Im Juni 1977 bekam Joachim Gurr seine Anklageschrift von der Staatsanwaltschaft. Der Vorwurf: Rädelsführerschaft, schwerer Landfriedensbruch, 2 x gefährliche Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung.

Joachim ist festgenommen worden, weil er schwarze Kleidung trug und sein Gesicht schwarz geschminkt war. Der Staatsanwalt nannte dies „widerstandsfähige Kleidung, die der Unkenntlichmachung dient". Hinzu kam, daß ein großer schwarzer Mann mehrmals der Polizei auffiel. Zuerst soll diese nicht identifizierte Person die Schaufenster von Karstadt verschönert haben. (Sachbeschädigung). Weiterhin habe er leitend und anweisend auf andere Demonstrationsteilnehmer eingewirkt (Rädelsführerschaft), einigen Beamten gezielt mit Fußtritten bearbeitet und zwei Polizeiphotographen, die unentwegt Portraitaufnahmen von Demonstranten knipsten, von dieser Tätigkeit abgehalten haben (schwere Körperverletzung). Folglich hing der Ausgang des Prozesses von der Frage ab, hieß der schwarze Mann Joachim Gurr?

Die Verteidigung, die Rechtsanwälte Petra Rogge und Manfred Böddeling, benannte in diesem Zusammenhang einen Zeugen, der bekannte, ebenfalls in gänzlich schwarzer Kleidung an der Demonstration teilgenommen zuhaben. Da die zahlreichen Polizeizeugen aber immer nur einen schwarzen Mann wahrgenommen zu haben, müsse man ihre Wahrnehmungsfähigkeit bezweifeln.

Zu dem Vorwurf der Rädelsführerschaft benannte die Verteidigung Fritz Storim, einen Hamburger Autonomen als Zeugen, der in einem längeren Referat vor Gericht nachwies, daß die Organisationsstruktur der Bürgerinitiativen eine Rädelsführerschaft ausschließt. Es gebe keine leitenden Personen, die die Masse lenken und in ihrem Tun bestimmen können. Denn die Bürgerinitiativen sind nicht hierarchisch aufgebaut, die Vorgehensweise auf Demonstrationen wird von allen Teilnehmern und der Situation (also auch der Polizei) bestimmt.

Das sah der Staatsanwalt jedoch anders. Zwar passe das „ „Führerprinzip" nicht in die Organisationsstruktur der Bürgerinitiativen, jedoch müsse jemand das leitend umsetzen, was vorher auf demokratische Weise beschlossen wurde.

Zur Vorbereitung der Polizeizeugen war natürlich auch wieder der Hamburger Zeugenbetreuer Stöhlmacher aktiv. Das Instrument der Zeugenbetreuung wurde von der Polizeiführung aufgebaut, um Widersprüche in den Aussagen der einzelnen Beamten vor Gericht zu vermeiden. Nach Darstellung der Verteidigung sind alle Aussagen, die so zustande kommen, nicht mehr verwertbar. In ihrem Kern sei die Zeugenbetreuung eine Anstiftung zur Falschaussage, denn es geht hierbei um Polizeiziele, um die Vorstrukturierung von Aussagen. In zwei anderen Verfahren vor Hamburger Gerichten habe allein die Tatsache, daß eine Zeugenbetreuung stattgefunden hatte zum Freispruch geführt.

Die Staatsanwaltschaft meinte dazu, daß den Polizeibeamten Gelegenheit gegeben werden müsse, ihr Gedächtnis aufzufrischen. Denn bei derartig vielen Einsätzen und Protokollierungen sei nach 2 1/2 Jahren eine korrekte Aussage gar nicht mehr möglich.

In seinem Schlußplädoyer am 9. Verhandlungstaf forderte der StA schließlich 7 Monate mit Bewährung. Unter Vermeidung möglicher entlastender Tatsachen bastelte er seine Tatbestände zusammen. Hier einige Auszüge: „So lehne der Angeklagte zwar die Gewalt ab, seine Bemalung sei jedoch ein Indiz dafür, daß er derartiges unterstützt."

„Die Zeugen der Verteidigung waren ebenfalls Teilnehmer der Demonstration. Also waren sie AKW-Gegner, Freunde und Sympathisanten des Angeklagten. Folglich könnten sie diesen nicht entlasten hinsichtlich ihrer Leumundzeugnisse."

„Die Teilnehmer der Demonstration sangen und tanzten und störten den Fußgängerverkehr."

Am Freitag dem 13.7. wurde das Urteil verkündet: Freispruch!! Der Richter meinte, es sei nicht zweifelsfrei bewiesen, daß der schwarze Mann Joachim Gurr heißt, in dubio pro reo. So seien auf der Demonstration viele Leute in Motorradkleidung aufgetreten. Zwar gehe der Trend zur bunten Kleidung, aber na naja . . .

Die Aussagen der Polizeibeamten müsse man vorsichtig interpretieren, denn sie sind selbst verletzt worden und neigen deshalb zu Fehlern beim Identifizierungsvorgang.

Bleibt die Frage: Wer war der große schwarze Mann ?

**Kontakt: BUU Hamburg, Ermittlungsausschuß, Lutterothstr. 33, 2000 Hamburg 19**

**Eine Zeitung im Blau (Berlin).** Telefonisch kam bei uns vor ein paar Tagen die Ankündigung einer ganz neue und überregionale Zeitung. Es soll zum ersten mal am Samstag, 11. August erscheinen (30 000 Ex) zuerst in Berlin, Frankfurt, Marburg. Sie heißt:"Blaue Boulvard–Zeitung - Blatt für Gaukler,Kinder,Kriminelle Terroristen,Verrückte,Irre-geleitete Deutschlands vereinigt euch." Zu kaufen: auf die Strassen für 1 Mark.

## DIE PROZESSWELLE

*Aus einem Flugblatt der Antifaschistischen Aktion Kamen:*

UNNA 26. Juli

Acht Monate nach den schweren Zwischenfällen auf den beiden Kundgebungen der faschistischen NPD in Kamen und Unna, sehen die 15 angeklagten Antifaschisten einer der größten politischen Prozeßwelle im Kreis Unna entgegen.

In Unna wurde das erste Urteil gegen einen jungen Antifaschisten gesprochen. 20 Stunden Zwangsarbeit, weil er eine Tomate in Richtung Nazis auf der Kundgebung geworfen haben. soll. War die Polizei den Nazis am 4.11.78 in Kamen und Unna ein hilfreicher Schutz gegen den berechtigten Protest von Antifaschisten (das SPD-Mitglied und Falkenfunktionär Ulrich Peter wurde von Polizisten krankenhausreif geschlagen) zeigt heute auch die Justiz wie sie 35 Jahre nach "Holocaust" antifaschistische Gesinnung belohnt.

**Kontakt: P. Widmaier, Forstweide 7, 4713 Werne**

## DIE PLANER DES ATOMSTAATS – Von der großdeutschen Wehrwirtschaftsordnung zur freien Marktwirtschaft

*Für den Kriegsgewinn kamen sie zu spät. Damit sie beim Gewinn aus der Energiekrise nicht wieder zu spät dran wären, haben sie nach 1945 gleich weitergemacht: die Organisatoren der Atomwirtschaft aus Industrie und Wissenschaft.*

*Dieselben Leute und Industrieunternehmen, die vor 1945 den Bau der Atombombe für das Großdeutsche Reich planten, organisierten nach 1945 das Atomenergie-Programm des Bundesrepublik.*

*Allein schon diese Tatsache zeigt, daß es nicht möglich ist, „friedliche Nutzung" der Atomenergie ohne ihre mögliche „kriegerische" Nutzung zu denken.*

*Wissenschaftler wie Heisenberg, Hahn und von Weizsäcker haben sich 1957 in der „Göttinger Erklärung" gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ausgesprochen. Sie selbst stehen aber für die Auswechselbarkeit in der Zielsetzung der Atomindustrie, mal kriegerisch, mal friedlich. In der Anti-AKW-Diskussion der 70er Jahre ist längst klar geworden, wieviel Material zur militärischen Nutzung im „friedlichen" Atomkreislauf von der Anreicherung bis zur Wiederaufbereitung anfällt: vom Plutonium für Atomwaffen bis zum Uran 238 für neuentwickelte Panzerabwehr-Systeme.*

*Darüberhinaus ist die Energieproduktion selbst schon eine strategisch-militärische Angelegenheit. Warum wohl muß eine Wiederaufbereitungsanlage unbedingt in Deutschland gebaut werden? Wenn sie weiter keine Bedeutung hätte, wäre dann nicht anzunehmen, daß es im Interesse jeder Bundesregierung liegt, angesichts der sozialen Brisanz so ein Ding kurzerhand z.B. Brasilien aufzuhalsen? Und fehlen ihr dazu etwa die Machtmittel?*

*Der folgende Artikel stammt aus der Juli/August-Nummer des Göttinger Atom-Express:*

# Der Traum von der deutschen Atombombe

Unbemerkt von der breiteren Öffentlichkeit haben nach dem Krieg die gleichen Leute, die für das faschistische Hitler-Regime an der militärischen Nutzung der Atomenergie arbeiteten, führende Positionen in der deutschen Atomlobby erobert und nutzen diese seit Jahrzehnten aus, um die Bundesrepublik in den Besitz von Atomwaffen zu bringen.
Bis 1945 war es den Faschisten zum Glück nicht gelungen, eine funktionsfähige Atombombe zu bauen. Bei Kriegsende hatten die USA sämtliches Material der deutschen Atomwaffenforschung beschlagnahmt. Auf dem Papier wurde jede weitere Forschung auf diesem Gebiet verboten. Doch dieses "Verbot" konnte die an der Atomforschung beteiligten ehemaligen Rüstungsfirmen des Dritten Reiches, wie **DEGUSSA, IG-Farben, Bayer, BASF oder Krupp,** nicht daran hindern, ihre Arbeiten auf diesem Gebiet fortzusetzen. Die Gewähr für die "richtige Arbeit für das richtige Ziel" bildeten die "richtigen" Personen, nämlich diejenigen, die bereits unter Hitler die Fäden für eine atomare Bewaffnung in der Hand hielten. Diese Personen, wie **Karl Winnacker** (ehemaliger Chef des Kriegsverbrecherkonzerns IG-Farben, später stellvertretender Leiter der Atomkommission und Präsident des Atomforums) oder **Walter Schnurr** (während des Dritten Reiches Leiter der Abteilung Giftwaffen bei den IG-Farben, nach 1945 Mitglied der Geschäftsführung der "Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe", GfK).
Ein großer Teil der Forschung in Richtung auf eine deutsche Atombombe wurde aus politischen Gründen ins Ausland verlegt, um der offenen Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit und den Alliierten aus dem Wege zu gehen. Als Länder, auf deren Terretorium eine geheime deutsche Atomwaffenforschung möglich war, boten sich Argentinien und Südafrika an. Zu diesen Ländern bestanden die besten persönlichen Beziehungen zu ehemaligen Mitstreitern aus der Nazi-Zeit, denn viele Nazi-Größen hatten sich zeitweise in eben diese beiden Länder begeben, um drohenden Kriegsverbrecher- Prozessen zu entgehen. Schon bald besaßen sie bei den ebenfalls faschistisch orientierten Regierungen in Argentinien und Südafrika den gebührenden Einfluß, um die Pläne der Nachkriegs-Atomlobby fernab der Heimat zu unterstützen. So entstanden unter deutscher Federführung die Atomforschungszentren in Argentinien und Südafrika, die sehr bald mit Plutoniumreaktoren, Wiederaufbereitungsanlagen (Argentinien) und Urananreicherung (Ultrazentrifuge Südafrika) über den zur Atomwaffenherstellung nötigen Brennstoffkreislauf verfügten.

**Die Wiege der deutschen Atomindustrie stand im Dritten Reich**

Schon sehr früh erkannten die Nationalsozialisten in der Uranspaltung die Möglichkeit, die grausamste und wirkungsvollste Sprengwaffe zu entwickeln, die die Menschheit je gekannt hat. Es entsprach ihrem Traum von Weltherrschaft, die Welt mit aus deutschem Geiste entwickelten "Wunderwaffen" zu unterjochen. So waren die Nazis die ersten, die schon vor dem Krieg über eine besondere militärische Dienststelle verfügten, die sich speziell mit den militärischen Aspekten der Kernspaltung beschäftigte.
Schon wenige Tage nach der Veröffentlichung der Entdeckung der Kernspaltung durch Prof. Hahn (im Januar 1939) wurden die führenden deutschen Atomwissenschaftler zusammengezogen. Dazu gehörten:
Dr. Erich Bagge, Dr. Beuthe, Prof. W. Bothe, Dr. Kurt Diebner, Prof. A. Esa[illegible] Siegfried Flügge, Prof. W. Gerlach, Dr.W. [illegible], Harteck, Prof. Heisenberg, Mattauch, [illegible] G. Joos, Prof. Weizsäcker (Leiter des Gorleben-Hearings) und viele andere.

Vor allem Dr. Diebner und Prof. Heisenberg trieben die atomare Forschung im Sinne der Faschisten immer wieder voran und überzeugten die zuständigen Herren im Rüstungsministerium, weitere Gelder für die Atomforschung bereitzustellen. Zitat Heisenberg: "Im Frühjahr 1942 wurden zum ersten Mal große Fonds in Deutschland zur Verfügung gestellt, nachdem wir Rust (Rüstungsministerium) bei dieser Tagung überzeugen konnten, daß wir unerschütterliche Beweise für die Durchführbarkeit der Sache hatten." Heisenberg wurde Leiter des "Kaiser-Wilhelm-Instituts", der Zentrale der Atomforschung. Anfang 1942 führte Heisenberg den Rüstungsminister Speer durch die Versuchsanlagen seines Instituts. Speer war von dem Stand des Projektes so beeindruckt, daß er bei Hitler vorsprach und mit dessen Einverständnis den Bau eines speziellen Luftschutzbunkers bewilligte, in dem der erste Uranreaktor entstehen sollte. Heisenberg hatte zuvor den Bau eines solchen Reaktors zur unabdingbaren Voraussetzung für den Bau der Atombombe erklärt, da auf anderem Wege das nötige Plutonium nicht zu beschaffen wäre.
Ende 1942 bekam das Kaiser-Wilhelm-Institut die Dringlichkeitsstufe DE, die höchste Dringlichkeitsstufe, die es überhaupt gab (nicht einmal das Raketenprojekt V1 und V2 hatten diese Stufe). Dem Institut standen damit unbeschränkt Mittel und Rohstoffe zur Verfügung.
Auch Institute in den besetzten Niederlanden wurden für die Entwicklung der deutschen Atombombe eingespannt. Eine besondere Bedeutung hatte das Atom-Labor der niederländischen Universitätsstadt Leiden, in dem auch J. Kistenmaker, der spätere Direktor der Ultrazentrifuge in Almelo arbeitet. Er arbeitete gleich nach dem Kriegsende mit dem Entwikkler des Ultrazentrifugalverfahrens Wilhelm Groth zusammen.
Zu diesem Team stieß dann auch Dr. Böttcher, der während des Krieges als SS-Hauptsturmführer in Leiden stationiert war (er wurde in den Niederlanden wegen Kriegsverbrechen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt). Dieser Dr. Böttcher wurde später Leiter der westdeutschen Kernforschungsanstalt in Jülich (KfJ).
Aus dem Atombombentraum der Faschisten wurde jedoch nichts. Mit der Kriegswende im Jahre 1943 verschlechterten sich die Ausgangsbedingungen rapide. Das notwendige Uran und schwerer Wasserstoff konnten nicht mehr bereitgestellt werden, immer wieder wurden wichtige Anlagen durch Bombenangriffe zerstört. Am Kriegsende stand die deutsche Atomwaffenforschung zwar auf einem theoretisch hohem Niveau, die grundlegenden praktischen Fragen waren jedoch noch nicht geklärt.

**Nach Kriegsende: Die deutsche Atomwaffenforschung ging weiter!**

Obwohl den Deutschen offiziell jede Forschung auf atomarem Sektor nach dem Krieg untersagt war und obwohl die sogenannte "friedliche Nutzung der Atomenergie" noch nicht aus der Taufe gehoben war, setzten sich die gleichen Leute, die unter Hitler an der Atombombe bastelten, gleich nach Kriegsende wieder zusammen, sofern sie sich in Freiheit befanden, um an diesem Projekt weiterzuforschen.

Karl Winnacker setzte sich nach Argentinien ab, da ihm in Deutschland ein Kriegsverbrecherprozeß drohte.

Von Kriegsende bis März 1946 waren die zehn führenden deutschen Atomwissenschaftler in England interniert. Dies waren Otto Hahn, Max von Laue und Werner Heisenberg, ferner Prof. Walter Gerlach, der letzte Leiter des "U-Uranvorhaben" 1944-45 und sein Mitarbeiter aus dem Heereswaffenamt, Dr. Kurt Diebner, ebenso Prof. Harteck (der zusammen mit Prof. Groth das Heeresamt auf die Möglichkeit einer Atombombe hinwies), dazu kamen noch eine Reihe jüngerer Wissenschaftler: Prof. Weizsäcker, dem als erstem klar war, daß man mit einer "Uranmaschine" das Element 94, nämlich Plutonium, erzeugen kann, welches eine unglaubliche Sprengkraft hat, und der deshalb den Bau eines Uranreaktors während des Krieges vorantrieb (dieser war bei Kriegsende fast funktionstüchtig), Dr. Korsching und Dr. Bagge, der

wohl militanteste Verfechter des deutschen Atombombenprojekts. Er bedauerte noch während der Gefangenschaft, daß es ihnen unter Hitler an der geeigneten Unterstützung gefehlt hätte, und nur deshalb Deutschland nicht als erste Nation in den Besitz der Atombombe gekommen sei.

Alle zehn, die hauptverantwortlich für das deutsche Atomwaffenprojekt waren und die ihre gesamte Arbeit freiwillig dem Dritten Reich zur Verfügung gestellt hatten, setzten nach ihrer Entlassung aus der Gefangenschaft ihre Arbeit unverzüglich fort.

Harteck nimmt seine Arbeit im Hamburger physikalischen Institut wieder auf, Diebner gründet ebenfalls in Hamburg ein privates Institut, Gerlach bekommt in Bonn eine Gastprofessur. Hahn und Heisenberg gehen nach Göttingen.

Von Laue, Weizsäcker, Wirtz, Kortsching und Bagge bauen im alten Luftfahrtinstitut ein neues Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik auf, das wenige Jahre später in die Max-Planck-Gesellschaft übergeht. Hauptziel war die Weiterentwicklung der Atomforschung. Als erstes wurde der Bau eines Forschungsreaktors angestrebt. Die Max-Planck-Gesellschaft begeisterte den damaligen Bundeskanzler Adenauer für dieses Projekt, der versuchte, es bei den Verhandlungen über die "Europäische Verteidigungsgemeinschaft" (1952-54) durchzusetzen. Das Vorhaben scheiterte jedoch an den Franzosen.
Der Bau eines eigenen Reaktors war deshalb so wichtig, weil in allen Ländern die Atomforschung strenger Geheimhaltung unterlag. 1952 wurden von der Max-Planck-Gesellschaft drei Fachkommissionen für einen bundeseigenen Forschungsreaktor gebildet:

Finanzierung: W. Bötzkes

Urangewinnung: Franz Kirchheimer

Moderatoren: Karl Wirtz

Am 8.11.1954 war es dann soweit. Es gründete sich die "Physikalische Studiengesellschaft", die das Projekt endgültig realisieren sollte. Beteiligt waren 16 Industrieunternehmen, darunter alle wichtigen Kriegsverbrecherkonzerne. In den Jahren von 1953-56 unternahmen Wirtz, Bagge, der spätere Atomminister Strauß und andere zahlreiche Forschungsreisen in die USA und England, um die dort schon bestehenden Atomanlagen zu besichtigen. Diese "Reisen" fanden mit Wissen der Alliierten statt, obwohl dies ihren eigenen Auflagen widersprach.

## Braune Kumpane in Südafrika, Brasilien und Argentinien

Neben diesen "offiziellen" Aktivitäten formierten sich auch auf geheimer Ebene die "Atomfaschisten", um ihre Arbeiten so schnell wie möglich weiterführen zu können. Dabei spielten die vielfältigen Verbingungen zum Ausland eine wichtige Rolle. Von besonderer Bedeutung waren hierbei die Niederlande, Südafrika und Argentinien. Die während des Krieges entwickelten Beziehungen zudiversen Instituten in den Niederlanden (über Kistenmaker) wurden insbesondere zur Uranerzbeschaffung genutzt. Über die Niederlande wurde Uranerz geordert, die geeigneten technischen Anlagen wurden dort weiterentwickelt und für die Verwendung in der Bundesrepublik und in wichtigen Staaten des Auslands (insbesondere Argentinien) aufgekauft. Für die finanzielle Absicherung konnte der Kriegsverbrecher Flick (Haupteigentümer eines der größten Industriekonzerne Europas, bis 1945 Mitglied des "Freundeskreises des Reichsführers der SS, Heinrich Himmler", Hauptangeklagter im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, Fall 5,verurteilt zu sieben Jahren Gefängnis, 1950 vorzeitig entlassen) gewonnen werden, der aus dem Gefängnis heraus über Mittelsmänner die finanziellen Mittel bereitstellte.

Die Verbindungen nach Argentinien führten über Karl Winnacker und Otto-**Hans Gross** (vor 1945 Abteilungsleiter für Rüstungswirtschaftliche Forschungsaufträge in Berlin, seit 1932 Mitglied der NSDAP und seit 1933 der SA, später leitender Beamter im Bundesministerium für wisenschaftliche Forschung Abteilung 3-Kernforschung). Winnakker und Gross hatten sich nach dem Krieg zeitweilig nach Argentinien abgesetzt. Aus der dortigen Zusammenarbeitmit dem Militäregime ging die geheime Laboranlage zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen in Argentinien, die "Labex-Milli"-Anlage hervor. Entwikkelt wurde diese Anlage im Kernforschungszentrum Karlsruhe. Sie kann laut Prof. Baumgärtner (Kernforschungsanlage Karlsruhe) pro Tag ein Kilo Brennstoff verarbeiten. Auf diese Weise dürfte Argentinien mittlerweile im Besitz von einer Menge Plutonium sein, die für den Bau von ca. 30 Atombomben ausreicht.

Eine ähnliche "Zusammenarbeit" wurde auch mit Brasilien in Angriff genommen. 1953 traf Admiral Alvaro Alberto, Vorsitzender des brasilianischen Forschungsrates, bei einem Deutschlandbesuch mit den Atomphysikern **Groth** (seit 1937 in der NSDAP, seit 39 politischer Leiter in der NSDAP, nach 1945 Mitglied des wissenschaftlichen Rates der Kernforschungsanlage Jülich, Mitglied der deutschen Atomkommission und des Atomforums) und Harteck (unter Hitler Vorantreiber des Atombombenprogramms) zusammen. Groth soll bei diesem Treffen gesagt haben: „Geben Sie mir nur die notwendigen Mittel und wir werden die Prototypen entwickeln. Dann werden wir nach Brasilien kommen und dort die Einrichtungen schaffen." Damals wurde ein Geheimvertrag zwischen Brasilien und der Bundesrepublik geschlossen. Daraufhin erhielten drei brasilianische Chemiker eine Spezialausbildung in Deutschland und bei 14 deutschen Unternehmen wurden die notwendigen Bestandteile für eine Urananreicherungsanlage bestellt. Doch dazu kam es nicht. Die Amerikaner fanden heraus, daß die von Groth bestellten Bestandteile in einem deutschen Hafen zur Verschickung nach Brasilien bereitstanden und beschlagnahmten sie im letzten Moment. Admiral Alberto erklärte später vor einer parlamentarischen Untersuchungskommission seines Landes:„Deutschland ist ein von den Siegermächten besetztes Land. Wenn es herauskommt, daß sie angereichertes Uran herstellen wollen, würde das eine internationale Krise herbeiführen."




Doch zu dieser Krise kam es aus vielerlei Gründen weder bei der Beschlagnahmung des Brasilienmaterials, noch bei der atomaren Zusammenarbeit mit Argentinien und Südafrika, die von solcherlei "Störungen" verschont blieb. Zu stark war die Verflechtung der Interessen und der Personen. Einer deckte den anderen und tut es heute noch (offiziell wird heute noch jede atomare Zusammenarbeit mit Argentinien und Südafrika abgestritten).Über die atomare Zusammenarbeit mit Südafrika ist in den letzten Jahren einiges ans Tageslicht gekommen (vergleiche Artikel im Atomexpress 7 und in dieser Nummer).

Auch in Bezug auf Südafrika hielten die Faschisten die Fäden in der Hand. Die Verbindungen liefen über die Atomphysiker **Verleger**(vor und während des Krieges an der physikalisch-technischen Reichsanstalt, politischer Leiter der NSDAP, Mitglied der SA, der nach dem Krieg nach Südafrika ging und dort für die Atomic-Energy-Board (Atomenergiebehörde) arbeitete, und **Haul** (vor 1945 Abteilungsleiter am Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie in Berlin, seit 1.3.33 Mitglied der NSDAP, seit 43 Dozent an der technischen Hochschule Prag, später Mitglied des Verwaltungsrates und stellvertretender Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates der Kernforschungsanlage Jülich). Haul lebte von 1949 bis 56 in Südafrika und arbeitete während dieser Zeit im National Chemical Research Laboratory of Pretoria.
Verbindungsstellen in Deutschland war der Konzern **DEGUSSA** und die Gesellschaft für Kernforschung GfK. Für die Deutschen ging es dabei auch um die Lieferung von Natur-Uran. Die Verhandlungen darüber führte im Auftrag der deutschen Atomkommission **Karl Kaißling** (Mitglied der NSDAP und SA-Obersturmführer), die in der weiteren folge dazu führten, daß die Republik Südafrika der wichtigste Lieferant von Natur-Uran für die Bundesrepublik wurde:
In der Zeit von 1965 bis 75 lieferte Südafrika 1900 t, das waren 27,2% der gesamten Einfuhren. Für den Zeitraum von 1977 bis 80 sind weitere 4000 t vertraglich vereinbart, was 46,7 % der Gesamteinfuhren entspricht.
Die Zusammenarbeit mit Südafrika hat lange Tradition. Zu den ständigen Besuchern dieses "sympathischen" Landes gehörten und gehören Politiker wie Strauß und Stoltenberg (als ehemalige Atom- und Forschungsminister) und Wirtschaftsführer wie Abs und Lambsdorff. Besonders **Abs** gehörte zu den ständigen Besuchern. Als Vertreter der deutschen Bank (mittlerweile sogar deren Präsident) und Mitglied der Atomkommission bzw. des Atomforums hatte er ein besonderes Interesse an Geschäften dererlei Art. Häufiger Gesprächspartner war der Finanzminister von Südafrika, Diedrichs. Kein Zufall, denn Abs und Diedrichs kannten sich aus der Nazi-Zeit. Diedrichs war nämlich unter Abs leitender Mitarbeiter der deutschen Reichsbank.

Ergebnis dieser "fruchtbaren" Zusammenarbeit war der Aufbau der südafrikanischen Atomforschungszentren Pretoria und Pelindaba. Hier entstand unter strengster Geheimhaltung ein Zentrum, in dem alle notwendigen technischen Einrichtungen für die Produktion von Atomwaffen zusammengefaßt wurden. Entwickelt, geliefert und aufgebaut wurden diese Atomforschungszentren vom Kernforschungszentrum Karlsruhe, der DEGUSSA und der STEAG (siehe auch Artikel in diesem Atomexpress). Auf internationaler Ebene wurden diese Geschäfte vom Generaldirektor für Wirtschaft in der Euratom, **Hans Michaelis** (Mitglied der SA, der SS und der NS-Studentenorganisation) gedeckt.

Der illegalen tätigkeit der Atomfaschisten war es "zu verdanken", daß das Jahr 1955 nicht das Jahr Null für die deutsche Atomindustrie

war. Allen Auflagen und Verboten der Alliierten zum Trotz war in den jahren nach Kriegsende intensiv gearbeitet worden, Schon damals, also 1955, wäre die Bundesrepublik in der Lage gewesen, ein eigenes Atomwaffenpotential aufzubauen, wie es ja auch Strauß bei der Wiederbewaffnung forderte. Ab 1955 hatte die Atomforschung also auch offiziell grünes Licht, Kurz darauf, am 26. Januar 1958, bildete sich die deutsche Atomkommission, die später in das deutsche atomforum überging.

Die Liste der Gründungsmitglieder der Atomkommission zeigt, wo der Hase auch in Zukunft hinlaufen sollte. Alle waren sie wieder dabei, unter anderem:

**Gründungsmitglieder der deutschen Atomkommission:**

**Franz Josef Strauß** Vorsitzender

**Prof. Dr. Otto Hahn** Stellvertreter

**Dr. Herrmann Abs** Deutsche Bank (vor 45 Wehrwirtschaftsführer)

**Dr. Hans Boden** AEG (vor 45 Beauftragter der Faschisten für Wirtschaftsfragen in Ungarn)

**Dr. Knott** Siemens AG (vor 45 Wehrwirtschaftsführer und Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckert-Werke)

**Dr. Herrmann Reusch** Gute Hoffnungs Hütte AG (vor 45 Generalbevollmächtigter für Wirtschaftsfragen im besetzten Jugoslavien und Griechenland)

**Prof. Heisenberg** Max Planck-Institut für Physik (vor 45 Mitarbeiter am Atombombenprojekt unter Hitler)

**Prof. Arnold Scheibe** Universität Göttingen ( vor 45 Mitglied des Reichsforschungsrates, Mitglied der NSDAP, der SA und des Reichskolonialbundes)

**Dr. Winkhaus** Mannesmann-AG (vor 45 verantwortlich für den Einsatz von Zwangsarbeitern in der Rüstungsindustrie)

**Prof. Winnacker** Hoechst-AG (vor 45 Chef des Kriegsverbrecherkonzerns IG Farben)

**Weitere Mitglieder der Atomkommission waren:**

**Wilhelm Groth:** Mitglied der Atomkommission und im Verwaltungsrat des Atomforums.
Vor 45: von 39 - 42 mit "Sonderaufgaben" bei der IG-Farben beschäftigt, seit 37 in der NSDAP, Personal- und Pressereferent des NS-Studentenbundes, Mitglied der SA

**Johannes Hansen** Vorsitzender des Arbeitskreises III/2 der Atomkommission
vor 45: Marinebaurat, seit 32 in der NSDAP, 34-35 Leiter der Ortsgruppe der NSDAP in Groß-Flottbeck/Altona und ab 1.11.38 Leiter der Ortsgruppe Blücher in Kiel

**Wolfgang Finkelnburg** Mitglied der Atomkommission Arbeitskreis III/1- Reaktoren, Generalbevollmächtigter der Siemens-AG
vor 45: Seit 37 in der NSDAP, von 40 bis 42 Gaustellenführer und Dozentenführer an der technischen Universität Darmstädt.

**Kurt Rieß:** Mitglied der Atomkommission, Arbeitskreis III/1
vor 45: Seit 37 in der NSDAP, stellvertretender Abwehrbeauftragter und Vorstandsmitglied der Farbenfabriken Bayer-AG

**Heinrich Röhrs** Mitglied der Atomkommission, Arbeitskreis III/2, technischer Direktor und vorstandsmitglied der Howaldtswerke Hamburg-AG
vor 45:1919 Freikorpsangehöriger, 1921 Mitglied der deutsch-völkischen Freiheitspartei, seit 33 förderndes Mitglied der SS,seit 37 in der NSDAP, Reichsverbandsredner



**Heinz Schimmelbusch** Mitglied der Atomk.,Arbeitskreis III/4- Brennstoffversorgung
vor 45: in der Reichsgruppe Industrie, Wirtschaftsgruppe Chemie

**Fürst Otto von Bismarck** Mitglied des Präsidiums des Atomforums
vor 45:19-31 Mitglied der deutsch-nationalen Volkspartei, seit 33 in der NSDAP, ab 37 Dirigent der politischen Abteilung des auswärtigen Amtes, ab 40 Gesandter Hitlers in Rom

**Ernst Schmidt** Mitglied der Atomk., Fachkommission II-Kernforschung
vor 45: Leiter der Luftwaffenforschung, seit 33 förderndes Mitglied der SS

**Karl-Heinz Spilker** Mitglied der Atomk., Fachkommission I-Kernenergierecht, Interessenvertreter der Farbwerke-Hoechst AG
vor 45: Angehöriger der SS-Division Deutschland, 1940 Lehrgangsteilnehmer der SS-Junkerschule Braunschweig, später mit der Ausbildung von SS-Führungsanwärtern beauftragt

**Josef Holluta:**Mitglied der Atomk., Fachkommission IV-Strahlenschutz
vor 45: seit 38 Mitarbeiter der Kreisleitung der Sudetendeutschen Partei Brünn, seit 39 NSDAP, Kreisamtsleiter für Technik der NSDAP, Kreisverwalter des NS-Bundes deutscher Techniker und Leiter der Abteilung Organisation und Personal im NS-deutschen Dozentenbund, Gau Niederdonau

**Wolfgang Junkermann** Mitglied der Atomk., Arbeitskreis III/1-Reaktoren, Leiter der Atomenergieabteilung der Deutschen Babcock-Wilcox Dampfkesselwerke-AG (Erbauer des AKW Harrisburg und Mühlheim-Kärlich)
vor 45:seit 32 Mitglied der NSDAP

**Fritz Nallinger** Mitglied des Verwaltungsrates der Atomk., Fachkommission III-Kerntechnik
vor 45: Wehrwirtschaftsführer, Vorstandsmitglied der Daimler-Benz-AG

**Felix-Alexander Prentzel** Mitglied der Atomk., Vorstandsvorsitzender der DEGUSSA
vor 45:in der Zentralfinanzverwaltung Berlin der IG-Farben, Militärverwaltungsoberrat

Auch in anderen Institutionen der Atomindustrie nisteten sich die Faschisten ein, so z.B. in der **Kernforschungsanlage Jülich (KfJ)**, der **Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt GmbH (GKSS)** und der **Gesellschaft für Kernforschung (GfK)**

**Kernforschungsanlage Jülich**

**August Wilhelm Quick** Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der KfJ
vor 45:Leiter des Instituts für Aerodynamik der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt und Luftmechanik, Konstruktionsleiter im Junkers-Luftrüstungskonzern

**Günther Otto Schenk** Mitglied des wiss. Beirates der KfJ
vor 45:seit 1.5.37 in der NSDAP

**Wilhelm Groth** Mitglied des wiss. Rates der KfJ von 1961-69, seit 71 Ehrenmitglied
vor 45: siehe Atomkommission

**Konrad Beyerle** entwickelte bei der KfJ die Ultra-Zentrifugenanlage für Südafrika
vor 45: beschäftigt mit der Entwicklung von Zentrifugenanlagen zur Atombombenherstellung

**Hans Grosse** Mitglied des wiss. Rates der KfJ und dortiger Leiter des Instituts für Reaktorbauelemente
vor 45 Freikorpsmitglied beim Kapp-Putsch, Mitglied der SA, leitender Ingenieur der Junkers Werke (Luftwaffenrüstung)

**Alfred Boettcher** Vorstand der KfJ
vor 45: Direktor der DEGUSSA, mit der Entwicklung von Geheimwaffen beauftragt

**rranz Bollenrath** beteiligt am Aufbau der KfJ
vor 45: Leiter des Instituts für Werkstofforschung der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt

**Rolf Danneel** Mitglied des wiss. Rates der KfJ
vor 45: bis 33 Mitglied des jungdeutschen Ordens, seit 1.5.37 in der NSDAP, Scharführer in der Sa-Marinestandarte 90 in Königsberg

**Wilehlm Fuchs** Mitglied des wiss. Rates der KfJ
vor 45: siehe Atomkommssion




**Robert Haul** Mitglied des Verwaltungsrates und stellvertretender Vorsitzender des wis. Beirates der KfJ, von 1949 - 56 beschäftigt im National Chemical, Research Laboratory of Pretoria (Südafrika)
vor 45 seit 1.3.33 in der NSDAP, Abteilungslieter am Kaiser-Wilhelm-Institut, seit 43 Dozent an der technischen Hochschule Prag

**Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt GmbH**

**Karl Bammert** Mitglied im Beirat der GKSS
vor 45:Mitglied der NSDAP, von 40-45 stellvertretender Abteilungslieter der Reichforscungsanstalt für Luftfahrt

**Georg Erler** Leiter des Fachausschusses VII der Studiengesellschaft zur Förderung der Kernenergieverwertung in Schiffahrt und Schiffbau e.V.
vor 45:1923-34 Angehöriger der schwarzen Reichswehr, seit 1.5.33 in der NSDAP, Gaufachredner, Lektor für Rechtswissenschaftliches Schrifttum bei der Reichsleitung der NSDAP

**Rolf Flemes** Aufsichtsrat der GKSS
vor 45: seit 33 Stahlhelm,seit 1.5.37 in der NSDAP, seit Januar 39 kommissarischer Blokkleiter der Ortsgruppe Claudius der NSDAP Hamburg

**Johannes Hansen** Beirat der GKSS
vor 45: siehe Atomkommission

**Fritz Rudorf** Leiter des Fachausschusses VI der Studiengesellschaft zur förderung der Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt e.V.
vor 45: leitender Mitarbeiter der Luftkontor-GmbH, zuständig für die Finanzierung der Luftwaffenrüstung, seit 39 Direktor und Vorsitzender des Vorstandes der Bank der deutschen Luftfahrt AG

**Karl Schubert** Leiter der Abteilung Seeverkehr im Bundesverkehrsministerium, Vertreter der staatlichen Interessen im Aufsichtsrat der GKSS, Präsident des Vorstandes der Studiengesellschaft
vor 45: 1923-31 Angehöriger der Freikorpsbrigade Erhardt, seit 37 in der NSDAP Rottenführer, Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium

**Erich Bagge** von 1956-60 Leiter der GKSS, ab 61 Direktor des Instituts für Reaktorphysik der GKSS
vor 45:beschäftigt mit der Entwicklung der Atombombe

**Gesellschaft für Kernforschung**

**Otto Hug** Mitglied des wiss. Rates der GfK
vor 45:seit 1935 in der NSDAP, Mitglied der SA

**Hermann Müller** Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, in dieser Funktion Mitglied des Aufsichtsrates der GfK
vor 45: seit 1933 in der SA, seit 37 in der NSDAP, Funktionen im Justizapparat

**Walther Schnurr** Mitglied der Geschäftsführung der Gfk
vor 45:seit 34 in der Nazi-Rüstungsindustrie bei der IG-Farben im Hauptlabor der Hauptgruppe II, mit der Herstellung von Giftgasen beschäftigt

lich durch den Minister berufen worden... Jedes Mitglied verpflichtete sich durch Handschlag, in einem Gentleman-Agreement, über alle Verhandlungsgegenstände Schweigen zu bewahren. So war bei den Entscheidungen, die mit den Ministerien vorbereitet wurden, hinreichende Diskretion sicher."
Die Kommission nahm unverzüglich ihre Arbeit auf. Laut Berufungsschreiben ware die wichtigsten Aufgaben:
1. Ausarbeitung eines Gesetzes über die Verwendung der Kernenergie.
2. Ausarbeitung eines Schwerpunktprogramms für Forscung und Entwicklung.
3. Ausarbeitung eines Koordinierungsprogramms, um den erforderlichen Nachwuchsbedarf an Atomwissenschaftlern und Atomtechnikern sicherzustellen.
4.Ausarbeitung von Vorschlägen für die planvolle Verwendung und Verteilung der für oben genannte Zwecke zur Verfügung stellenden Mittel des Bundes.
Zunächst wurden 5 Fachkommissionen gegründet:

**I. Kernenergierecht**
**II. Forschung und Nachwuchs**
**III.Technische und wirtschaftliche Fragen bei Reaktoren**
**IV. Strahlenschutz**
**V. Wirtschaftliche, finanzielle und soziale Probleme**

Diese Fachkommissionen bestanden aus zwei Mitgliedern der Hauptkommission, also der Atomkommission, und drei weiteren Mitgliedern, die wiederum vom Atomminister persönlich berufen wurden. Die deutsche Atomkommission hat in dieser Form mehr als 15 Jahre bestanden. Winnacker schreibt zusammenfassend:
„Der Nutzen der Atomkommission war offensichtlich. Der Minister verfügte über eine große Zahl von ehrenamtlichen Ratgebern, die durchaus eine eigentliche Atombehörde ersetzten, die sachverständig und bereit waren, Verantwortung zu tragen...
Als im Jahre 1969 die neue Bundesregierung Brandt mit völlig neuen Vorstellungen ihre reformen begann, hielt sie ein solches freiwilliges und wichtiges Beratungsorgan nicht mehr für notwendig. Die deutsche Atomkommission wurde im Oktober 1971 durch einen Beschluß der Bundesregierung aufgelöst."
Bis dahin hatte sie aber ganze Arbeit geleistet. „Die große Zahl von ehrenamtlichen Ratgebern", wie Kriegsverbrecher und Konzernchef Winnacker seine Freunde umschreibt, bestand

# Die Deutsche Atomkommission
# Geheimes Beratungsgremium der Atomindustrie

Diese "erlauchte" Atomkommission trat am 26. Januar 1956 im Palais Schauenburg, dem Amtssitz des Bundeskanzlers, zu ihrer Gründungssitzung zusammen. Vorsitzender war der neuberufene erste deutsche Atomminister Franz Josef Strauß. Der Bayer war bis zu diesem Zeitpunkt Sonderminister im Adenauer-Kabinett gewesen. Strauß, der sich bereits 1952 damit profilierte, daß er die Wiederbewaffnung und den Eintritt in die Nato forderte, nutzte die Chance, über das neugeschaffene Atomministerium "am Drücker zu bleiben"; denn Strauß war der entschiedenste Verfechter einer deutschen Atombombenbewaffnung. Nach der ersten Sitzung wurde die Atomkommission vom Bundeskanzler Adenauer empfangen. Die Bedeutung dieser Sitzung umschreibt der stellvertretende Vorsitzende, der Kriegsverbrecher Karl Winnecker, wie folgt: „Die Gründung der deutschen Atomkommission war ein Akt, wie er der deutschen Situation angemessen zu sein schien. Es war nicht an eine staatliche Behörde oder etwa eine Regierungskommission gedacht... Es sollte vielmehr ein Gremium sein, das den Atomminister zu beraten hatte: Männer der Wirtschaft, der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens, die zu diesem politischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Thema etwas beitragen konnten... Die Gründungsmitglieder waren persön-

schwerpunktmäßig aus alten Faschisten, wie die Auszüge aus der Mitgliedsliste nur allzu deutlich zeigen.Sie haben von Anfang an die Fäden in der Hand gehabt und die Entscheidungen geprägt. Sie sind hauptverantwortlich für die Entwicklung des Atomprogramms im Interesse von Großkapital und Militär und reaktionärer politischer Interessen.

Welche Bedeutung die Atomenergiefrage schon damals hatte, und v.a. welche Sonderstellung ihr eingeräumt wurde, zeigt die Auseinandersetzung um das erste deutsche Atomgesetz.

**Das Atomgesetz**
In jener ersten Sitzung der Atomkommission wurde schon über die Notwendigkeit eines Atomgesetzes diskutiert. Denn Atomminister Strauß wollte die Zuständigkeit der gesamten Atomenergieforschung und -produktion in seiner Hand konzentrieren. Dazu war eine Änderung des Grundgesetzes nötig, die nur mit einer ⅔-Mehrheit im Bundestag durchgesetzt werden konnte. Nötig war für die Atomlobby diese Grundgesetzänderung deshalb, weil der Bereich Forschung, Entwicklung und Bereitstellung finanzieller Mittel laut Grundgesetz in die Zuständigkeit der Bundesländer fiel. Das gleiche galt auch für Sciherheitsvorschriften, Strahlenschutz und Überwachung.

Bereits im April 1956 legte Strauß einen gemeinsam mit der Atomkommission ausgearbeiteten Gesetzentwurf vor. Um diesen Entwurf gab es eine jahrelange hitzige Debatte im Bundestag und in der Öffentlichkeit. Der Grund war folgender:
Faschisten und Reaktionären ging es darum, im Atomgesetz die Option zur militärischen Nutzung, sprich die Atombombenproduktion, offen zu halten. Sie lehnten die von der SPD geforderte Einschränkung auf die "friedliche Nutzung der Atomenergie" ab. Mit dem Eintritt der Bundesrepublik in die Nato verschärfte sich die Debatte. Strauß, der mittlerweile "Verteidigungs"minister geworden war, forderte unverhohlen die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Nach einigem Zögern sprach sich auch Adenauer für die Atombewaffnung aus.
Gegen diese Pläne gab es einen breiten Protest. Das Jahr 1958 war gekennzeichnet von spontanen Streiks und Massendemonstrationen mit mehr als 100.000 Teilnehmern unter der Forderung:
**Kampf dem Atomtod - Keine atomare Aufrüstung**
Strauß konnte die deutsche Atomwaffenproduktion innen- und außenpolitisch nicht durchsetzen. Er konnte jedoch seine Pläne in das Gesamtkonzept der Nato einbringen. 1958 verabschiedete die Nato den Plan MC-70, die atomare Aufrüstung Westeuropas. Die Bundeswehr wurde mit atomaren Trägerraketen ausgerüstet, und im Konzept der "Vorneweg-verteidigung" überall in der bundesrepublik amerikanische Atomwaffen gelagert.

Da die SPD und die DGB-Spitze dieses Verteidigungskonzept mittrug, wurde durch diesen "Kompromiss" auch der Atomgesetzdebatte die Spitze gebrochen. Am 23. Dezember 1959, einen Tag vor Heilig Abend, verabschiedete der deutsche Bundestag einstimmig eine abgeänderte Form der Regierungsvorlage

Die Ziele der Atomfaschisten, nämlich die technischen Bedingungen für eine evtl. Atombombenproduktion zu schaffen, waren zu diesem Zeitpunkt auch ohne Atomgesetz schon verwirklicht. Über eine Unzahl von Sondergesetzen, Sonderverordnungen und Ausnahmeregelungen hatten Atomminister und Atomkommission den Bau der ersten beiden Versuchsreaktoren durchgesetzt. Als das Atomgesetz am 1.1.1960 in Kraft trat, war die Atomindustrie längst in der Lage, innerhalb kürzester Zeit Atombomben zu produzieren.



In den folgenden Jahren trat der militärische Aspekt der deutschen Atomforschung immer mehr in den Hintergrund. Durch die feste Einbindung der Bundesrepublik in die Nato und durch das feste Bündnis mit der Supermacht USA sank die Motivation der Faschisten und Reaktionäre, sich für eine eigene Atomwaffenproduktion einzusetzen. Vielmehr konzentrierte die Atomlobby ihre Aktivitäten darauf, die deutsche Atomforschung und Atomindustrie zu einem profitträchtigen und mächtigen Industriezweig auszubauen. Ihren Traum von der eigenen Atombombe stellten sie in den Dienst ihrer braunen Gesinnungsgenossen, die aus primär militärischen Gesichtspunkten an einer atomaren Zusammenarbeit interessiert waren. Es waren und sind dies v.a. Argentinien, Brasilien und Südafrika, Länder, in denen viele Faschisten eine "neue Heimat" gefunden haben und dort zu neuer Macht gelangt sind.

**Als Literatur wurde benutzt:**
1.D.Irving, Der Traum von der deutschen Atombombe, rororo 1969
2.Bagge, Diebner, Jay; Von der Uranspaltung bis Calder Hall, rowohlt deutsche Enzyklopädie
3. Winnacker, Wirtz; Das unverstandene Wunder Kernenergie in Deutschland, Econ Verlag 1975
4.Robert Jungk; Der Atomstaat
5.Robert Jungk; Heller als tausend Sonnen
6. Almelo Broschüre des Kommunistischen Bundes (KB)
7. Diverse Kirschner "Gelehrten-Lexikon"

**Wissenschaft und Faschismus**
In dem artikel tauchen einige Namen von Wissenschaftlern auf, die man sicherlich nicht ohne weiteres als "Faschisten" bezeichnen kann, weil sie sich, so behaupten einige jedenfalls, ideologisch gesehen nicht mit dem Nazi-Regime identifiziert haben. Das gilt für Wissenschaftler wie Otto Hahn, Heisenberg oder auch von Weizsäcker.Aber sie haben sich an den Verbrechen des Faschismus mitschuldig gemacht, indem sie ihre wissenschaftlichen Fähigkeiten diesem unmenschlichen System zur Verfügung gestellt haben.Außerdem muß man ihnen vorwerfen, daß sie unter Hitler Karriere machten, während hunderte ihrer Kollegen emigrierten, in den Untergrund gingen oder jegliche Zusammenarbeit mit dem Faschismus verweigerten. Alle Wissenschaftler, die unter Hitler am Atombombenprojekt arbeiteten taten dies freiwillig, keiner von ihnen wurde zu dieser Aufgabe gezwungen.Bei Kriegsende hatten sie Hitler einen funktionsfähigen Kernreaktor fertiggestellt.

## ÖFFENTLICHE UNTERSUCHUNG ZU DEN TODESSCHÜSSEN

*Frankfurt 15. Juli 1979* *Eine Initiative gegen das einheitliche Polizei-Gesetz schlägt angesichts der jüngsten Todesschüsse in Düsseldorf, Nürnberg und Frankfurt eine öffentliche Untersuchung vor - ähnlich wie beim Tod von Ulrike Meinhof:*

Paradoxerweise liefert ausgerechnet die bekannteste Spezial-Einheit, die GSG 9, Argumente für die Notwendigkeit einer solchen öffentlichen Untersuchung. Ausweislich eines Berichts im SPIEGEL vom 9.7.79 hat diese Truppe praktisch demonstriert, daß es ein leichtes gewesen wäre, in den drei Fällen eine Festnahme ohne Schußwaffengebrauch durchzuführen. So unnötig eine solche Vorführung für einen unbefangenen Betrachter auch ist, z.B. angesichts des "Notwehrschusses" in den Rücken von E.van Dyck, stellt dies ein weiteres Indiz für die Vermutung dar, daß keine Gefangenen gemacht werden sollen.

Wir fordern Euch auf:
1. ebenfalls für eine ÖFFENTLICHE UNTERSUCHUNGS-KOMMISION einzutreten
2. Veranstaltungen mit dieser Forderung durchzuführen.
3. Vorschläge für die Besetzung dieser Kommision zu unterbreiten.
4. Mitzuteilen, ob ihr an einer Konferenz (evtl. Terminvorschlag) zur Beratung der weiteren Schritte teilnehmen werdet.

Die Initiative gegen das einheitliche Polizeigesetz in Ffm bereitet ein Info vor, in welchem die Fakten zu den Todesschüssen (plus dem versuchten) zusammengestellt werden. Bestellungen über unsere Kontaktadresse.
Schickt uns Material, z.B. Flugblätter, Leserbriefe, Zeitungsausschnitte, Resolutionen usw.

**Kontakt: Ekkehard Waldaestel, Dahlmannstr. 10, 6 Frankfurt 60, Tel. 43 43 46**

## DISKUSSIONSBEITRAG ZU DEN HUNGERSTREIKS

*Folgendes Manuskript, das uns B. schickte, behandelt noch mal die Problematik von Knastarbeit, Hungerstreiks usw.*

In der Jugendhaftanstalt Höchst hungerten 70 Jugendliche und Erwachsene für bessere Haftbedingungen. Vor einigen Wochen waren es die politischen Gefangenen, die einen Hungerstreik von diesem Ausmaß abgebrochen haben und der größte Teil der linken Szene ließ sich sichtlich erleichtert, evtl. etwas nachdenklich in den Sessel zurücksinken. Heute sieht es so aus, als hätte sowas nie stattgefunden und die Diskussionsbeiträge in der TAZ und sonstwo haben offensichtlich keine nachhaltige Wirkung erzielt.
Deshalb möchte ich nochmal mit den Worten eines ehrenamtlichen Mitarbeiters der Strafanstalt Höchst versuchen zu erklären, worum es geht und darlegen, was ich im allgemeinen von den Dingen halte: ..."Knast - wie ich ihn erlebe und wie ich ihn definieren würde, das ist eine gigantische, immer weiter vervollkommnete, zynische Maschinerie der Entwürdigung, Entpersönlichung, Entmündigung, Identitätszerstörung, psychischer und physischer Vernichtung. Und zwar Knast in jeder Form." (ID 291)
Die Diskussionen während den größeren Hungerstreiks seit 75 (auf der Grundlage von Solidarisierung) wurden fast ausschließlich unter denjenigen geführt, für die der Kampf gegen die Gesellschaft der Vernichtungsstrategen der Kampf gegen den Knast bedeutet. Auch damals wurde über die Forderungen diskutiert: Anwendung der Genfer Konvention und Anerkennung als Kriegsgefangene, Zusammenlegung der politischen Gefangenen in interaktionsfähige Gruppen. Wir hier draußen haben es nicht geschafft, zum Hungerstreik einen Standpunkt zu entwickeln, der getragen war von einer entsprechenden politischen P r a x i s. Überhaupt haben wir nur in Ansätzen den Versuch gemacht, mit den Gefangenen aus der RAF eine entschiedene Auseinandersetzung zu führen und das lag sicher auch an unserer eigenen Unklarheit und z.T. Oberflächlichkeit, mit der wir unsere Praxis gestaltet haben. Und zwar Unklarheit darüber, wie wir den Kampf gegen Knast führen sollen und wie wir alle einbeziehen können, damit sowas wie eine Gefangenenbewegung entstehen kann.
In diesem Sinne ist ein Hungerstreik mit der Forderung nach Zusammenlegung von politischen Gefangenen nur ein Ausdruck einer bestimmten politischen Praxis von einer Gruppe, hier der RAF, die auch mal andere Positionen bezogen hatte. (Ist in alten HS-Erklärungen nachzulesen). Die Ansätze einer Stadtguerrilla in der BRD und ihre Folgen waren für viele eine wichtige Erfahrung und haben bei einigen das Weltbild entscheidend verändert im revolutionären Sinne, worin für mich überhaupt nur die Perspektive einer Stadtguerilla liegen kann Doch im Laufe der Entwicklung schwebten die Aktionen der RAF über a l l e n Köpfen und genauso verhielt es sich mit den Hungerstreiks. Der Kampf gegen den Imperialismus wurde propagiert, der zweifellos Bestandteil jeder revolutionären Politik ist mit dem Ziel der Befreiung aller Völker von Ausbeutung und Unterjochung. Allerdings hat die RAF Aktionsformen entwickelt, die nicht auf die Entstehung einer breiteren Bewegung gerichtet waren und von einigen Kämpfern war zu hören, daß darauf auch kein Wert mehr gelegt wird. Es wurde gespalten in diejenigen, die alles kapiert haben und die gleichen Konsequenzen aus ihren Erkenntnissen zogen und diejenigen, die sowieso durch Staatschützens Gehirnwäsche nicht mehr klar denken können, den Feind aus den Augen verloren haben. Vom Rest der Leute, sprich Bevölkerung,wurde eh' nicht mehr geredet: vielleicht alles Faschisten? ?
Wenn ein politisches Konzept nicht mehr den gemeinsamen Kampf aller für unsere Befreiung von den Mördern und Lebensfeinden zum Hauptinhalt hat, dann frage ich mich, wie sich hier und anderswo jemals etwas verändern soll. Nichts wird sich ändern, wenn nicht jeder sein Leben selbst in die Hand nimmt, sich mit anderen zusammenschließt und anfängt zu kämpfen, auch in der 3. Welt nicht.
(...)
In den Erklärungen, Aktionen und den strategisch militärischen Konzepten der Kämpfer/innen aus der RAF fehlt die Verbindung zu den Menschen, die angeblich befreit werden sollen, es sei denn, es handelt sich um Gesinnungsgenossen/-innen.
Mit der Existenz von Gefängnissen überhaupt befaßt sich diese politische Gruppierung gar nicht mehr; und das, obwohl sie in allen Dingen die Radikalsten sind. Die Hungerstreiks werden unter Forderungen gemacht, die ein kleiner Teil der Gefangenen in BRD-Gefängnissen als Chance zum Überleben ansieht. Warum ein Mini-KZ (gemeint ist die Forderung nach Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen, d.Red.) für politische Gefangene ein größerer Schutz sein soll, obwohl auf der anderen Seite allen herrschenden Kräften die Entschlossenheit zur Liquidierung der Guerrilla bescheinigt wird, hab' ich noch nie verstanden. Gerade in so einem Mini–KZ ist die Kontrolle über Dinge, die vor sich gehen am stärksten eingeschränkt. Spätestens seit Stammheim ist das eine erwiesene Tatsache.
Die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen, die den Isolationstrakt bedingt, bedeutet eine noch grössere Isolierung nach innen und außen. Für diejenigen draußen, für die der Kampf gegen den Knast von zentraler Bedeutung ist, bedeutet ein Hungerstreik auf einer solchen Ebene geführt, verknüpft mit der Forderung nach bedingungsloser Solidarität ebenfalls politische Isolation. Auseinandersetzungen mit den politischen Widersprüchen zu denen, die zur Solidaritätsarbeit bereit sind, sind nicht erwünscht bzw. werden nicht akzeptiert.
Die fehlende Solidarität mit dem Knastkampf innerhalb der Linken kann allerdings nicht (nur) der Politik der Guerrilla angelastet werden, wie es einige gerne hätten, sondern muß u.a. mit mangelnder Entschlossenheit, die Verhältnisse und uns zu ändern begründet werden. Wir haben uns viel zu wenig Gedanken darüber gemacht, welche Ziele wir haben oder ob wir überhaupt noch welche haben; ebensowenig haben wir uns damit auseinandergesetzt, welche Beziehungen wir zueinander haben. Wenn wir uns selber nicht darüber im Klaren sind, was wir dieser verheißungsvollen "Zukunft" entgegensetzen wollen, dann können wir auch auf einen Hungerstreik nichts erwidern, außer Distanzierungen und allgemein theoretische Überlegungen. Und so geht die Rechnung der Herrschenden langsam aber sicher auf, wie auch folgendes Beispiel erklären soll:
Nach Buback, Ponto und Schleyer holt der Staat in Berlin u.a. gegen diejenigen aus, die dafür gesorgt haben, daß die Politik der Guerrilla und die Zustände in den Knästen öffentlich gemacht werden. Die Verhaftung der Agit-Drucker und die Zerschlagung der Hoffnung, das Info-BUG (Berliner Sponti-Zeitung) trotzdem weiter wie bisher machen zu können, zog einige merkwürdige "Verhaltens"weisen in der Scene nach sich. Die drohende Kriminalisierung ist allen in die Knochen gefahren, wovon sich einige Projekte bis heute nicht erholt haben. Bei den Solidaritätsaktionen für die Agit-Drucker haben sich die 2000 Info-Leser/innen ganz schön zurückgehalten und aus einigen Ecken war zu hören, daß das Info-BUG eh' ein Scheißblatt war. Das wurde dann mit der RAF-Politik begründet, die in den letzten Monaten die Seiten gefüllt hat. Das Info war aber keine Zeitung in dem Sinne, daß es eine Redaktion besessen hätte (deshalb haben sie sich ja die Drucker geschnappt), sondern jede/r, der/die wollte konnte veröffentlichen. Wenn allerdings wenig läuft, hat man/frau auch wenig zu sagen, worin wohl eher der Grund zu suchen ist, warum das Info zum einseitigen Publikationsorgan geworden ist.
Der Agit-Überfall hat aber auch einigen deutlich gemacht, daß es möglich ist, unsere Isolation ein wenig zu knacken ohne

unsere Ideen zu verleugnen. Es ist gelungen, den Fall Agit auf einer breiten Ebene zu diskutieren und viele haben sich auf unterschiedlichste Art und Weise engagiert. Von einem Sieg kann in diesem Zusammenhang nicht geredet werden, dazu muß 'ne Menge mehr getan werden. Aber um das möglich zu machen, d.h. mal wieder Strategie feiern zu können, müssen wir unsere Isolation aufbrechen - drinnen wie draußen.

Nicht anders verhält es sich mit dem Kampf für die Abschaffung der Knäste, von dem der Hungerstreik e i n e Form ist, das letzte Mittel. Es können und müssen viele Formen des Kampfes entwickelt werden - ALLES IST ERLAUBT -; allerdings nützen sie uns einen Dreck, wenn die Menschen, die in ihrer Resignation verharren, sie nicht verstehen bzw. gar nicht erst einbezogen werden. (Und das hat nichts mit Massenoportunismus zu tun).

Um diese Situation ist eine Diskussion entstanden, an der sich Teile der Gefangenen beteiligen. Wenn wir nicht erkennen, daß wir uns zusammenschließen müssen, um einen gemeinsamen Kampf zu führen, können wir unsere Ideen von einer anderen Welt begraben. Es sollen damit keine Widersprüche zugekleistert werden, sondern in eine Auseinandersetzung eingestiegen werden, mit der man/frau praktisch mal was anfangen kann. Immerhin gehe ich davon aus, daß wir zusammen gehören, denselben Feind vor Augen haben und uns auf die synthetischen Zuckerlis der Herrschenden nicht mehr einlassen. Dazu sagt der Eb Dreher:"... und wir müssen einig werden! Wir müssen lernen, uns mehr an Gemeinsamkeiten und weniger an Differenzen zu orientieren! Wir müssen noch viel über Solidarität lernen!" (JVA Kaisheim, 11.10.78)
Solidarität drinnen heißt für mich, Solidarität nicht nur mit den Gesinnungsgenossen/innen, sondern auch mit den anderen gefangenen Frauen und Männern, denn zusätzlich zu den ca. 80 Gefangenen aus der RAF sitzen **einige hunderte** Gefangene (von den Behörden als Unruhestifter eingeschätzt) in den ca. 250 Isolationszellen (Zahlen sind von '75, Internationale Untersuchungskommission zum Tod von U.Meinhof). Die politischen Gefangenen sind nochmal speziellen Methoden ausgesetzt, was darin liegt, daß sie eine politische Identität haben und entschlossen sind zum Widerstand.
Naja, und an diesem Punkt scheiden sich dann wieder die Geister.
Auch die Knastgruppen haben immer gesagt, daß es keine Trennung zwischen politischen Gefangenen und den anderen Menschen geben kann. Letztlich gab es sie aber doch, denn es kann keine gemeinsame Gefangenenbewegung geben, wenn z.B. die politischen Gefangenen ihre Isolation von den sozialpolitischen Gefangenen fordern. Trotzdem haben beim Hungerstreik '77 Gefangene aus Tegel mitgehungert, obwohl sie davon gar nichts zu erwarten hatten. Solange drinnen in dieser Form gespalten wird, wird es auch für die Knastgruppen politische und soziale Gefangene geben müssen, obwohl sie es nicht wollen und die Parole "Freiheit für alle Gefangene" wird zu einer Lüge. Aus diesem Grund ist es äußerst wichtig, uns darüber im Klaren zu werden, wie wir unsere Solidarität organisieren und wie es eine gemeinsame Gefangenenbewegung geben kann. Deshalb möchte ich noch mit einem Satz von jenem ehrenamtlichen Mitarbeiter schließen:"Mir stinkt das Geschrei um einen Karl-Heinz oder Andreas dann, wenn das Geschrei um einen Mustafa oder Antonio völlig ausbleibt."

## NEONAZIS ALS FLOTTE VOLKSLÄUFER

Heidelberg 7.8.79 *Sport ist beileibe nicht nur Mord. Laufen ist gesund, wandern noch besser. Das weiß sogar der Bundespräsident. Wie per Sport nicht nur Bewegung in frischer Luft, sondern Weltanschauung im alten Mief transportiert werden soll, beobachteten Leute von der Heidelberger taz-Initiative. Sie interviewten und besuchten die Veranstalter des „1. Volkslauf national", die sich „Bürger für aktive Freizeit Rhein-Neckar, Gruppe Weinheim/B." nennen und die Unterstützung der Stadtverwaltung von Weinheim/B. genießen. Die aktiven Freizeit-Läufer entpuppten sich, so die Heidelberger, als „Neonazi-Tarnorganisation". Hier der Bericht:*

Tarnorganisation ist fast übertrieben; Öffentlichkeit wird sogar angestrebt, indem man bestimmte „Freizeitangebote" macht, wohl um sich erstmal einen biederen Anstrich zu geben. Ausdruck hierfür ist z.B. die Ankündigung des sogenannten „Volkslaufs" im Sportteil der „Weinheimer Nachrichten" vom 9.7.79:
„. . . *Die Gesamtleitung liegt in den Händen des Weinheimer NPD-Stadtrates Günter Deckert, der auch zugleich Sprecher der Weinheimer Freizeitgruppe ist, die die Aufnahme in den Deutschen Leichtathletikverband beantragt hat . . .* "
Dadurch neugierig geworden, telefonierte ich am Samstagabend mir Herrn Deckert (bekanntlich hoher Funktionär innerhalb der NPD):
Taz: Ich wollte mal fragen, ob da morgen beim Volkslauf die Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet kommen, denn auf Ihrem Handzettel steht ja „Volkslauf national"?
G.D.: Ja, äh, das soll bedeuten, daß das natürlich kein internationaler Volkslauf ist . . .
(Tatsächlich kamen lächerliche 70-100 Teilnehmer aus dem Rhein-Neckar-Raum).
Taz:Ich würde gerne wissen, ob es hier in Heidelberg auch schon so eine Freizeitgruppe gibt? "
G.D.: Nein, in Heidelberg müßten noch Interessenten gewonnen werden, aber in Ladenburg gibt es eine Gruppe und in Wiesloch gibt es auch schon einen Interessentenkreis . . .
...Wissen Sie, wir wollen den Jugendlichen hier Freizeitmöglichkeiten bieten, ohne daß sie unbedingt Mitglied in einem Sportverein werden müssen. Zum Beispiel wollen wir Speerwurf anbieten, Bogenschießen, Steinwurf . . . "

Letzte Klarheit verschaffte ich mir dann am folgenden Sonntag in Weinheim. Meinem Begleiter und mir wurde „schlagartig" bewußt gemacht, mir welcher Sorte von „Bürgern für aktive Freizeit" man hier zu tun kriegt. Kaum hatten wir den „Verpflegungsplatz betreten, wurden wir von 3 Typen eingekreist. Sie waren auf uns aufmerksam geworden, da jeder von uns eine Kamera umgehängt hatte. . .

„Zeigen Sie sofort Ihren Presseausweis!"—„Haben Sie überhaupt einen Presseausweis? "—„Haben Sie 'ne Genehmigung? " —„Dann rücken Sie sofort den Film raus!"
Es folgten Versuche, mir die Kamera zu entreissen, den Film zu entnehmen . . .
Besonders einer der 3, ein nervöser Schlägertyp, ca. 30 Jahre alt, trägt Abzeichen:„Laßt Hess frei!", exponiert sich mit Drohgebärden und Fußtritten.

Dann lenken die beiden anderen, offenbar erfahrenen, ein, nachdem wir versichern, überhaupt noch kein Photo gemacht zu haben und die Kameras erstmal zurück ins Auto zu bringen.

Soweit dieser Vorgang, der bestimmt nicht in die Strategie von G. Deckert paßt (er selbst war gerade nicht anwesend gewesen). Diese neue Strategie
- Einsickern in den Freizeitbereich,
- Gründung sportlicher Vereine,
- militärische Sportübungen, besonders für Jugendliche (—Wehrsportgruppen),

all dies scheint für die Neonazis lebensnotwendig zu sein (übrigens: Startgeld beim Volkslauf 10,- DM !), da ihre Bastionen hier im Rhein-Neckar-Raum langsam ins Wanken geraten zu

scheinen. Um es nochmal zu betonen: Besonders Jugendliche sind durch solche „Vereine" gefährdet, also: Antifaschisten im Erziehungsbereich — Aufgepaßt!
Übrigens ist schon der „2. nationale Volkslauf" angekündigt, und zwar am Sonntag, den 30. September, ab 8 Uhr, auf dem Neckarsvorland bei der Fähre nach Neckarshausen (Start/Ziel). Veranstalter : „Bürger für aktive Freizeit", Gruppe Ladenburg, 68o2 Ladenburg, Jamuariausweg 8 (Willi Busch). Dieser W.Busch war früher bekannt als hoher NPD-Funktionär, nun hat er anscheinend eine neue Aufgabe gefunden.

Persönlich Anmerkung:
„Jogging", also Volkslauf allein oder mir mehreren, ist z.Zt. groß in Mode. Vielleicht gibt's bei diesen Sportinteressierten auch antifaschistisch-orientierte Menschen? Diese sollten sich mal aufraffen und dann zusammen überlegen, was und in welcher Form man gegen den am 3o. September geplanten „2. nationalen Volkslauf" unternehmen könnte.

## IM "ÖFFENTLICHEN INTERESSE"

MÜNCHEN
28. Juli

*Ein Brief an die Öffentlichkeit, in dessen "Interesse" ermittelt wird:*
In Fürstenfeldbruck hatte am 5. Mai 79 die neofaschistische "Deutsche Volksunion" mit den Referenten G. Frey und Nazi-Oberst Oberst U. Rudel eine Veranstaltung gemacht unter dem Motto "Deutschland braucht Verjährung". Dagegen hatten der DGB, die Jusos, SPD-Abgeordnete, das Anti-Struaß-Komitee, die Vereinigung der Verfolgten des Naziremgimes, die Judos, die FDP und viele andere demokratische und antifaschistische Kräfte protestiert. Vor dem Versammlungslokal der Nazi versammelten sich demokratische Menschen, die mit Flugblättern, Transparenten, Sprechchören und antifaschistischen Liedern ihrem Protest Ausdruck verliehen. Die "Nationalzeitung" des Dr. G.Frey griff in ihrer Berichterstattung über die Veranstaltung und den Protest zwei Teilnehmer, nämlich meine Frau und mich heraus, weil wir wegen eines Prozesses der "DVU" gegen uns (wegen des Überklebens von drei Neonazis-Plakaten) den Neonazis als Gegner und namentlich bekannt waren. Die "Nationalzeitung" bezeichnete uns als "linke Rechtsbrecher", die wir die "linke Gruppe" "angeführt" hätten und forderten so in Bild und Wort unter der Überschrift "Zeugen gesucht" auf, uns wegen angeblicher krimineller Vergehen zu denunzieren. Wohl nicht zufällig bekamen wir in den darauffolgenden Tagen telefonische Morddrohungen. Die Staatsanwaltschaft hat den Ruf nach "Zeugen gesucht!" nicht überhört. Sie ermittelt gegen mich und sucht vermutlich jetzt selber Zeugen für irgendwelche angeblichen Vergehen. (Staatsanwaltschaft beim Landgericht München II, AZ: 11 Js 13295/79).

Das gleiche ist übrigens auch zwei Kollegen von der Gewerkschaft passiert. Gegen Rolf Tybl und Rolf Pfeiffle, die ein Protest flugblatt des Fürstenfeldbrucker DGB gegen die "DVU"-Veranstaltung presserechtlich unterzeichneten, wird ebenfalls wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz ermittelt.

**Kontakt: Christian Lehsten. Preysingstr. 29, 8 München 80**

## EUZKADI: ANTI–AKW–MARSCH VERBOTEN

*Genf*
*5. August*

*Von einem Schweizer Genossen wurde uns folgender Artikel zugeschickt, der nach Berichten der Zeitschrift "egin" vom 29.7-3.8.79 zusammengestellt wurde:*

Seit dem 28. Juli und bis zum 12. August findet im Baskenland ein Marsch gegen das im Bau befindliche AKW von Lemoniz (Provinz Vizcaya) statt. Gestartet wurde von zwei Orten aus: Tudela im Süden und Peyredhorade im französischen Baskenland. Während die Kolonne "Gladys de Estal" im Süden ohne Probleme und unter guter Unterstützung der Bevölkerung und auch der meisten Gemeindebehörden vorwärtskam, stieß die im Norden gestartete Kolonne "David Alvarez" schon vor der französischen-spanischen Grenze auf Schwierigkeiten: französische CRS-Einheiten hinderten die nicht-spanischen Teilnehmer am Betreten der internationalen Brücke zwischen Hendaye und Irun. Auf spanischer Seite haben die Zivilgouverneure den Marsch in den Provinzen Guipuzcoa und Vizcaya verboten.

Dementsprechend versuchte die spanische Polizei, die Teilnehmer nach Überschreiten der Grenze zu zerstreuen und verhinderte mit Strassensperren und mit dem Einsatz von Landrovern und eines Helikopters, daß sie gemeinsam nach dem Etappenziel Renteria gelangten. Eine Versammlung in dieser Ortschaft gleichentags wurde von den "Ordnungskräften" unter Einsatz von Gummigeschossen und Tränengas aufgelöst. Gleichzeitig wurden verschiedene Leute festgenommen. Das gleiche Bild anderntags zwischen Renteria und San Sebastian: während die Hauptstrassen mit Polizeisperren "verziert" waren, suchte der Zug über Quartier- und Feldwege vorwärts zu kommen.
In San Sebastian wurde er im Quartier Eguia von starken Polizeieinheiten empfangen, die den Zutritt zum Park verhinderten, wo eine Versammlung stattfinden sollte. Am gleichen Tag wurde in Usurbil ein 22-jähriger beim Versuch, ein Spruchband gegen AKW's über die Hauptstrasse zu spannen, von einem Guardia Civil in Zivil angeschossen.

Die Marschteilnehmer konnten schließlich den Bürgermeister dazu bewegen, daß er sich in Verhandlungen mit dem Gouverneur für den freien Weitermarsch einsetzte. Während des Weitermarsches erhöhte sich dann die Zahl der Teilnehmer auf 1.700. Die Organisatoren werten diese teilweise Aufhebung des Verbotes als ersten großen Erfolg neben der starken Beteiligung der Bevölkerung an den Veranstaltungen und der Aufmerksamkeit die der Marsch im Baskenland erhält. Dagegen wird er sowohl in der spanischen wie auch in der ausländischen Presse praktisch totgeschwiegen.

(Kontakt: über ID)

**HERAUSGEBER**
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352
**Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr**
**Druck:** Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45
Verantwortlicher Redakteur: Karl F. Kassel

**Abonnement:**
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18 - für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72.- für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**

## NICARAGUA – DISKUSSION UM DEN "KRIEGSBERICHT" VON DER FRENTE SUR

*Frankfurt 6. August*

*Im ID 289 druckten wir den Brief einer deutschen Genossin aus Nicaragua und dazu zwei Stellungnahmen aus der ID-Auslandsgruppe ab. Auf die erste Stellungnahme erhielten wir etliche kritische Briefe; ein "feed back", das uns entweder freut, verunsichert oder auch verärgert, auf jeden Fall aber die Diskussion um die Solidarität mit Nicaragua nicht einschlafen läßt.*
*Wir veröffentlichen einen Brief, der sich am stärksten mit der Problematik der "internationalen Solidarität" auseinandersetzt.*
*(ID-Auslandsgruppe)*

Ich hab grad den Brief von der Genossin aus Nicaragua, die dort im Kampf ihre Frau (hoffentlich noch) steht, und eure Fragen drauf gelesen. Ich bezieh mich dabei auf den ersten fragenden Artikel von euch.
Der ist mir nämlich so aufgestoßen, daß ich mich das erste Mal hinhock und euch und uns was schreib. (ist wenigstens ein Erfolg - feed back oder was)
Ich weiß überhaupt nicht, was ihr da alles aus dem Brief rauslest (ein semester zu viel psychologie an der Uni studiert? ? sorry). Ihr macht euch immer so viele Gedanken über liebevolle, zärtliche, menschliche Umgangsformen usw. ( liebe frau mit lieber Katze sucht liebe WG) und wenn dann ne frau über ihre l i e b e v o l l e Art, ihr Leben, äußert, dann habt ihr nix druff als diffamierung: "Befriedigung am Krieg teilzunehmen" ich hab bisher immer gedacht, daß das bloß bei den Faschisten so ist, und das sich das gerade a m Z i e l erkennen läßt.
Ich frag mich, was es eigentlich noch liebevolleres, menschlicheres (was ihr da für Fragen aufwerft) gibt, als nicht lange zu fackeln, wenns drum geht, den unterdrückten in ihrem Kampf gegen ihre Unterdrücker beizustehen, ob hier oder in Nicaragua oder oder - dabei zu wissen, daß man jeden Tag selbst draufgehn kann, wie die Genossin schreibt, "obwohl sie wußten, daß das Volk in Managua verblutet".
Was das mit Krieg spielen oder Kämpfer der Weltrevolution zu tun haben soll, angesichts Bombern, die ganze Arbeiterviertel ausradieren, ist bestimmt net bloß mir schleyerhaft.
Da steigt mir die kalte Wut hoch. Wenn die Genossen so viele Fragen und so wenig Lösungen gewußt hätten wie wir, so gezögert (ja wie war das denn mit Vietnam, solle mer net lieber die finger davon lasse), dann säß der Somoza heut immer noch in seinem Bunker, vielleicht auf nem Trümmerhaufen, aber das hat die noch nie gestört.
Daß wir dabei net immer wissen, wos lang geht, ist eigentlich klar. Wo sollen wirs denn hernehmen, wenn sich immer mehr aufs Land, in ne acid-Welt oder sonstwohin verziehn und sich die Diskussion in der Linken immer mehr mit den 'Aussteigern' (schreib ich in Gänsefüßle, weil mir kein bessres Wort einfällt, remember: noch ist nicht a l l e r Tage abend) orientiert, verstanden als Gegenwelt und diskutiert, die aber längst mit dem nix mehr am Hut hat, um was es als Revolutionäre gehen müßt, Gegen-MACHT. (des isch jetzt arg verkürzt, aber da steckt der Haken) Und da heizt ihr den Ofen an und fragt, wen? das bombadierte Volk in Nicaragua? was aus Vietnam geworden ist.
Seid Ihr frustrierte APO-Anhänger oder Kommunisten, soviel müßte doch noch klar sein, daß der Kommunism us nicht zwangsläufig auf den Kapitalismus folgt, wie Phönix aus der Asche steigt. Daß da immer das Moment des Klassenkampfes ist, der die Entwicklung in Richtung Kommunismus treiben muß und wird (trotz aller Enttäuschungen) und daß es dann in nem bestimmten Moment, wenn das Kräfteverhältnis stark genug ist, der Kampf auch bedingungslos zu führen ist (wie die Genossin in Nicaragua) oder zu unterstützen (wie wirs nicht machen: dazu ein kurzer Einschub)
Vor ner Weile haben Genossen versucht, in Frankfurt den Daimler Schweinestall abzubrennen. Was Ihr dazu zu sagen hattet, dasses für Euch gefährlich gewesen wär und für andere, und habt Alles in der Art, Stil oder was, Atomkraft - nein danke ... Krieg ... nein danke!!!
Und da hab ich im ID doch noch gelesen, daß der Somoza der Generalvertreter für Lateinamerika von Daimler ist.
Soweit der Einschub.
Daß (jetzt gehts vor dem Einschub weiter) also der Versuch, ein Unterdrückersystem zum Teufel zu jagen immer richtig ist, weils ein revolutionärer ist. Klar sind da immer Arschlöcher dabei, aber auch jede Menge gute Leute. Und weil sich im sog. von sonem Sieg, selbst wenn der Kommunismus nicht gleich gebratene Tauben durch die Lüfte schweben läßt, ne ganze Menge verändert. Oder glaubt Ihr, daß der chinesische Arbeiter noch lang mit ner handvoll Reis fürn Tag Arbeit zufrieden ist. Wenn sich aus dem Kampf nix andres ergibt als was vorher auch schon war. Arbeit und Unterdrückung. Die vietnamesische Revolution ist mit dem Sieg gegen den Imperialismus und der Tet-Offensive noch lange nicht beendet. Das gilts zu kapieren. Der Kampf geht garantiert weiter. Wer kämpft schon, um den einen Unterdrücker gegen den anderen auszutauschen.
Naja, ich mein halt, daß wir uns von der Vorstellung lösen müssen, daß da irgendwo, vielleicht aufm Jupiter (wer weiß, was die Ami-Sonde für Bilder sendet) ne Revolution läuft, und wir se unterstützen und dann läufts da gut und wir freun uns mit denen und warten noch ne Weile, weil wir net ganz sicher sind, wohins führt und in der Zwischenzeit hat die schon lang wieder die weltpolitische Realität in Gestalt von Internationalem Währungsfonds oder sonst nem Scheiß eingeholt. Dass der Kampf halt nicht aufhört, bis wir alle Unterdrücker als Islamgegner verketzert haben und zum chomeini gejagt.
Ich lass des jetzt so stehn und änder nix mehr dran, ist auch schon spät. Versuch mal, drüber zu schreiben, wenn ihrs abdrucken wollt, wär nicht schlecht, würde mich interessieren, was andere denken.
sogar ne Skizze gemacht, wieviele alternative Projekte da noch in der Gegend sind, also ich kenn mich in Frankfurt nicht aus und weiß nicht, ob Euch der Putz auf die Schreibmaschine gefallen wär, da will ich auch net drüber schreiben. (Beruhigungspflästerle: ich fands auch bescheuert, wenn das so schlecht ausgecheckt worden wär)
Gut, aber das Perverse an Eurer Skizze ist ja, daß es bestimmt so 10 Vereine mit hundert mal 2 oder 3 Leuten gibt und das direkt neben dem Daimler und da dann nicht mal die Scheiben reingeflogen sind oder 'n go-in gemacht worden ist. Vielleicht von den Leuten, die sich nachher ganz gemeinsam von der Aktion entrüsten. Das war alles, über Euch null Reflektion oder Selbstkritik.
Ansonsten, laßt Euch von den taz'lern net ins Boxhorn jagen.
Kopf hoch.
Revolutionäre und liebe grüße
hans

## JUNGSCHNÜFFLER

London

Das Innenministerium in GB (Home Office) bittet Polizisten im ganzen Land, Kinder für "den Kampf gegen das Verbrechertum" zu rekrutieren. Die Kinder, die zwischen sieben und zwölf Jahren alt sind, erhalten den Titel " 40 - Special - Agent". Die 'Agenten' tragen Ausweise, die von der örtlichen Polizeiwache ausgegeben sind und ihre Namen, Adresse und

Einzelheiten über ihre Fahrräder enthalten. Sie werden aufgefordert, mit ihren Fahrrädern in der Gegend rumzufahren und sich Autokennzeichen usw. zu notieren.
Dieser Plan begann vor zwölf Jahren in Yorkshire als ein genialer Einfall eines örtlichen Inspektors und hat sich bis heute als so erfolgreich erwiesen, daß das Home Office ihm volle Unterstützung gibt.

## AUSVERKAUF VON INDIANER–LAND

Chile
Juli 1979

In Chile hat Anfang des Jahres die Militärjunta ein Gesetz erlassen, das die Ländereien der Mapuche-Indianer in Chile dem freien Markt zugänglich macht. Damit sind die Existenzbedingungen der über 325.000 Mapuches, die auf dem Land in Südchile leben auf das Äußerste bedroht, denn das *"Dekret, das ohne jede vorherige Konsultation mit den Mapuches oder ihren Vertretern verkündet wurde, sieht vor, daß jeder, der gegenwärtig ein Stück Land bearbeitet, das einer Indianer-Gemeinschaft gehört, die sofortige vollständige Aufteilung des gesamten Landes dieser Gemeinschaft an die dort ansässigen Individuen verlangen und durchsetzen darf".* (Lateinamerika-Nachrichten Nr. 70).
Das bedeutet, daß das Land, das seit jeher indianisches Gemeineigentum war in parzellierten Individualbesitz aufgeteilt werden kann und damit nicht mehr als Mapuche-Eigentum gelten wird. Wenn es also nicht mehr den Mapuche gehört, dann kann es selbstverständlich auf dem freien Markt auch an Nicht-Mapuche weiterverkauft werden. Die Mapuche-Gemeinschaften verlieren auf diese Weise große Teile ihres Landes, das sie bisher gemeinschaftlich bearbeiteten, für das sie keine Eigentumstitel kennen und das für sie auch nicht verkaufbar ist: das Land gehört dem Volk! Das drückt sich bereits im Namen der Mapuche aus: 'mapu' bedeutet Land und 'che' bedeutet Volk.

In der Zeit der Unidad Popular von Allende war durch ein sog. 'Indianer-Gesetz' der Verkauf von Mapuche-Land an Nicht-Mapuches verboten. Außerdem wurde die wirtschaftliche und kulturelle Situation der Indianer durch das geschaffene 'Institut für indianische Entwicklung' (IDI) verbessert, indem agrartechnische und schulische Unterstützung gewährt wurde; für Mapuche-Kinder z.B. zwei-sprachigen Unterricht.
Dieses Institut soll nun nach der Entscheidung der Militärs abgeschafft werden. Mit dem Wegfall der durch das Institut IDI gegebenen technischen Unterstützung werden sich die ohnehin geringen Agrarerträge der Indianer wesentlich verschlechtern.

*"Bevor jedoch das Gesetz verabschiedet wurde, tauchten in den Mapuche-Siedlungen Regierungsbeamte auf und forderten die Mapuche auf, Formulare auszufüllen. Sie versprachen ihnen Kredite und technische Unterstützung. Viele Mapuche füllten die Formulare aus, ohne es zu bemerken, daß sie eine Forderung nach Aufteilung ihres Landes und Zerstreuung ihres Volkes unterzeichneten. Die Regierung Pinochets hat den Mapuches stets Kredite verweigert - mit dem Vorwand, daß es ungesetzlich sei -, einer Gemeinschaft Kredite zu geben. (...) Die Regierung weiß genau, daß diese privaten Landparzellen für die Mapuche-Familien keine Existenzgrundlagen bilden. Wie es mit den Kleinbauern in ganz Chile geschehen ist, werden die Mapuches gezwungen, ihr Land aus Mangel an Geld für Samen, Dünger etc. zu verkaufen."* (Offener Brief der 'Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile e.V., Bonn)

Warum nun dieses Gesetz der Militärs, das mit der Landaufteilung die Gemeinschaften der Mapuche und damit die Grundlage ihrer kulturellen Identität zerstört, erst zu diesem Zeitpunkt verabschiedet wurde und nicht vorher, hat folgenden Hintergrund:

Die Militärjunta versucht innerhalb ihres Programms der 'totalen freien kapitalistischen Marktwirtschaft' eine Veränderung der Exportstruktur des Landes. Waren bisher hauptsächlich Rohstoffe wie Kupfer die Hauptexportprodukte und damit Haupteinnahmequelle der Unternehmen und des Landes, so wird jetzt der Export sog. 'nicht-traditioneller' Produkte wie Obst, Holz u.ä. gefördert. Die nicht-traditionellen Exportprodukte sind hauptsächlich Agrarprodukte und hier ist wieder die Verbindungslinie zum oben beschriebenen Prozeß des Landverlustes der Mapuche-Indianer, denn deren Land wird nun auf dem 'freien Markt' für Großgrundbesitzer zugänglich, die die wirtschaftlichen Träger eines erweiterten Agrargeschäftes für den Export sind.

Über die Aufteilung des Indianer-Landes können sich die Großgrundbesitzer ein Terrain aneignen, daß ihnen Raum für kapitalistische 'Initiativen' gibt, im Rahmen eines von der Regierung geförderten exportorientierten Agrargeschäfts.

Die Politik der Militärs, alle Poren der Gesellschaft dem kapitalistischen Markt anzuschließen, wird auf dem Lande die Lebensbedingungen der Mapuche-Indianer auf Dauer total zerstören.
Gleichzeitig werden jährlich showmäßig sog. Mapuche-Folklore-Festivals veranstaltet, wo die Mehrheit der Chilenen - selbst westlich orientiert - ihre 'exotischen', als rückständig angesehenen Landsleute aus Fernsehnähe betrachten kann.
Das drückt sich in einem chilenischen Schimpfwort aus:
"Dir fehlt nur noch die Feder! (– dann bist Du ein ganzer Indianer).

Die Mapuche-Indianer können sich wegen der Repression der Militärs nur in sog. Kulturzentren treffen, wo sie über dieses Gesetz aufklären und sich Widerstandsmaßnahmen überlegen und vorbereiten können.
Da seit einem Monat die einzig kritische Wochenzeitschrift "hoy" von der Junta verboten ist, finden die Mapuche auch kein Publikationsorgan, das ihnen durch Veröffentlichungen in ihrem Kampf hilft, das Gesetz rückgängig zu machen.

Die einzelnen Kulturzentren der Mapuche-Gemeinschaften haben eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, in der sie darauf hinweisen, daß sie nicht einmal den Entwurf des Gesetzes sehen konnten, das ihnen ihr Land beraubt und für deren Abschaffung sie kämpfen werden. U.a. heißt es darin: *"Das Gesetz zeigt die völlige Unkenntnis unserer Situation. Getarnt als Lösung für unsere Probleme und unter der falschen Maske des Protektionismus verurteilt es uns in Wirklichkeit zur Ausrottung"'* (Offener Brief s.o.)

**Internationales Sommerseminar (Hasselt)**

Ein internationales Sommerseminar für Basisgruppen findet vom 26. August bis 1. September in Frankreich bei St. Rome de Dolan (Süden) statt. Veranstalter ist das I.O.C. (Internationale Begegnungszentrum für Basisgruppen). Die Basisgruppen arbeiten an der Verwirklichung von Selbstbestimmung und Basissozialismus.
Themen: Die Entwicklung der Gruppen in den verschiedenen europäischen Ländern, Auseinandersetzung zwischen Basiskonzeption und neuen Formen des Syndikalismus, Internationale Zusammenarbeit im Netz der Basisgruppen. Die Teilnehmergebühr beträgt DM 150,-

*Kontakt: I.O.C., Kuringersteenweg 35, 3500 Hasselt Belgien*

**Pack die Badewanne ein, nimm dein kleines Schwesterlein und dann nichts wie auf zur Kreuzfahrt....**

*Das ist endlich mal ein Top-Vorschlag — nur ein bißchen mickrig: ein Kutter. Alles was schwimmt — und sei's die Badewanne — könnte sich an der Fahrt nach Rotterdam beteiligen. Der Rhein hat viele Zuflüsse und warum sollte nicht eine allgemeine Kreuzfahrt daraus werden, heh ?*

EINE KUTTERFAHRT VON FREIBURG NACH ROTTER– DAM

Aufgrund der zahlreichen akuten Umweltprobleme, die die Ökologie des Rheines erheblich belasten, ist es dringend notwendig zu handeln. Diese Probleme, die immer größere Ausmaße annehmen, betreffen nicht nur eine Stadt, Region oder Land. Sie sind nur durch eine überregionale und internationale Zusammenarbeit zu lösen! Um einen Anfang zu machen und um dem Fortschreiten der derzeitigen Entwicklung entgegenzutreten, wollen wir eine Internationale Aktion starten: Ein für diesen Zweck gemieteter Kutter oder ähnliches soll von Freiburg bis nach Rotterdam fahren, in verschiedenen Städten anlegen und dort mit Vereinen, BI's und Aktionsgruppen gemeinsame Stände und Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Der Kutter soll der Aufhänger bzw. das verbindende Element für all diese Stände und Aktionen sein. Es müssen also viele Gruppen, die entlang des Rheins arbeiten, hierbei lokal mitmachen, damit diese Aktion auch wirklich ein Erfolg wird. Der Kahn soll das aufsehenerregende Element einerseits sein und andererseits als Koordinationsstelle für das Unternehmen dienen. Die Besatzung wird aus niederländischen, deutschen und französischen Umweltschützern bestehen — eine internationale Gruppe, die die jeweiligen Probleme ihrer Region bei Interviews und Stellungnahmen darlegen können. Hierfür suchen wir Organisationen bzw. Gruppen, die mit persönlichem und materiellem Einsatz mitarbeiten wollen. Die Aktion ist geplant für Sommer 1980 und die Fahrt wird sich über etwa 2 Wochen hinziehen

Begründung:

Der Rhein durchfließt Deutschland, Holland und Frankreich und hat für seine jeweilige Umgebung eine große Bedeutung in verschiedenen Bereichen:

— Trinkwasserversorgung: Der Rhein ist für anliegende Großstädte, entfernte Ballungsgebiete und vor allem für die niederländische Bevölkerung wichtigstes Trinkwasserreservoir.

— Wasserhaushalt: Der Rhein ist maßgeblich für den Grundwasserhaushalt, insbesondere in der Niederlanden, durch seine alljährlichen Hochwasser.

— Feuchtgebiete: Durch die mitgeführten Geröllmassen hat der Fluß im Laufe der Zeit ein breites Stromtal ausgebildet, das gekennzeichnet ist durch viele einzelne Rheinarme und den dadurch weiträumigen Feuchtgebieten; diese Biotope sind geprägt von den Überschwemmungen, dem warmen Klima der Rheinebene und den günstigen Nährstoffverhältnissen. Von diesen ursprünglichen Gebieten ist heute nur noch wenig übrig: die einstigen Feuchtwiesen sind entwässert und zu Maismonokulturen umgewandelt worden. Die übriggebliebenen Altrheinarme bilden einen idealen Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten: z.B. Seerose, Tannwedel, Nixenkraut, . . . . Wespenbussard, kleine und große Rohrdommel, Flußuferläufer, Eisvogel, Graureiner . . . . .

Da der Mensch die Ökologie des Rheines in ihrem ganzen Umfang nicht beachtet oder nicht verstanden hat und nur auf direkte Nutzung hin begradigt und als Abwasserkanal benutzt hat, sind die obigen Punkte verkannt worden. Es besteht die Gefahr, daß der Rhein durch die folgenden menschlichen Eingriffe seine Funktionen verliert, was katastrophale Folgen bedeuten würde.

— Einleiten von Abwässern: Die meisten Rheinanlieger lassen ihre Abwässer nur ungenügend geklärt in den Fluß ab. Die Gesamtmenge an organischen Abwässern lasten den Selbstreinigungsprozeß des Rheines bis an seine Grenzen hin aus. Zusätzlich kommen hierzu großindustrielle Abwässer, z.B. der Kalibergwerke im Elsaß, der BASF, der Hoechst-Farben, der Papierwerke Mannheim-Aschaffenburg, um nur einige der großen Rheinverschmutzer zu nennen. In heißen Sommern besteht so jedesmal die akute Gefahr des "Umkippens" des Flusses durch Sauerstoffmangel. Viele Stellen mit stehendem Wasser verwandeln sich in stinkende Kloaken, in denen kein Leben mehr existenzfähig ist. Die in den Rhein gelangten Schwermetalle reichern sich in der Nahrungskette an und finden sich dann in den inneren Organen von Fischen und Wasservögeln wieder. Ein großer Kostenaufwand ist nötig, (vor allem bei mit Chemikalien belastetem Wasser) um Abwässer wieder für den Trinkwasserbedarf aufzubereiten.

— Errichtung von Staustufen: Durch die Rheinbegradigung hat sich der Rhein in den letzten Jahrzehnten durch die erhöhte Fließgeschwindigkeit immer mehr in sein Bett eingegraben, was zu einer Absenkung des umliegenden Grundwasserspiegels führte; das Wasser wird nicht mehr in der Rheinebene gehalten, sondern fließt schnell ab. Gleichzeitig birgt dies die Hochwassergefahr, da das Wasser sich nicht mehr verteilen kann und innerhalb weniger Stunden der Pegel um Meter ansteigt.
Zur Lösung dieses Problems hat man jetzt Staustufen gebaut die die Fließgeschwindigkeit verringern und die Tiefenerosion stoppen. Der Nachteil ist dabei, daß diese Bauvorhaben einen umfangreichen Eingriff in die Landschaft darstellen und mit enormen Kosten verbunden sind.
Weiterhin frißt sich der Rhein unterhalb einer Staustufe umso tiefer in das Flußbett ein und würde ohne Gegenmaßnahme diese Staustufe mit der Zeit untergraben. Es sind also mehrere Staustufen hintereinander nötig, um das Problem der Tiefenerosion zu beseitigen. Man versucht durch Geschiebezugaben aus Lastkähnen unterhalb der Staustufe das Eingraben des Flusses zu verhindern bzw. auszugleichen. Eine Gesamtlösung für dieses Problem gibt es nicht. Man kann es mit einer Art Teufelskreis vergleichen, dessen Ausmaß immer deutlichere Formen annehmen wird.

— Zerstörung der Auwälder: Auwälder sind die durch die Überschwemmungen des Rheins ausgebildeten Weichholzzonen entlang der bestehenden Gewässer. Typische Baumarten sind: Silberweide, Pappel, Esche, Erle . . . Von diesen Gebieten sind jedoch nur noch wenige in der ursprünglichen Form erhalten. Die Forstwirtschaft bildete diese Biotope zu Monokulturen (Kanadische Pappel) um, die heute weit verbreitet sind. Diese Monokulturen haben einen rein wirtschaftlichen Nutzwert für die Papierindustrie. Die Bestände der Weidenauen sind bis auf wenige Reste verschwunden.
Ein weiteres Problem ist die zunehmende Nutzung der Rheinauen als Naherholungsgebiete. Die menschlichen Eingriffe wie Verschmutzung, Lärmbelästigung und Zerstörung der Vegetation sind eine schwere Belastung für diese empfindlichen Biotope.

— Kiesgruben: Die Kiesgruben (Naßbaggerungen) stellen freiliegende Grundwasserseen in der Landschaft dar. Im Sommer sinkt durch die Verdunstung der Seen der Grundwasserspiegel in der Umgebung der Kiesgruben stark ab. Bei hunderten von Kiesgruben zwischen Mannheim und Karlsruhe macht sich dies stark im Grundwasserhaushalt bemerkbar. Die Folge: die Bauern müssen für gleichbleibende Produktion (z.B. von

Futterrüben) Grundwasserpumpen auf ihren Feldern installieren.
Bei Verschmutzung der Kiesgruben gelangen sofort Rückstände in den Grundwasserstrom!
Diese Kiesgruben sind in der Regel sehr großflächig und ihnen fallen landwirtschaftliche Flächen und ökologisch wertvolle Gebiete zum Opfer. Ein Ende der Entwicklung ist nicht abzusehen.

— Großräumige Trinkwasserentnahme: Für die Wasserversorgung der Ballungsgebiete entlang des Rheins in Deutschland, aber besonders in den Niederlanden wird in großen Mengen das Grundwasser entlang des Rheins abgesaugt. Dies führt ebenfalls zu einer Absenkung des Grundwasserspiegels. Da jedoch das Wasser durch die Begradigung nicht mehr im Rheingebiet bleibt wird der Grundwasservorrat auch nicht mehr durch Rheindruckwasser regeneriert. Dies führt zur langsamen Verkarstung der Rheinebene. Der sandige Boden wird immer trockener und die Vegetation ändert sich; die Landwirtschaft hat im Sommer große Wasserversorgungsengpässe, besonders bei Feldfrüchten, die für die Entwicklung viel Wasser benötigen!

— Abwärmebelastung durch Kernkraftwerke: Für die entlang des Rheins gebauten AKWs wie z.B. Philipsburg, Biblis oder Fessenheim werden große Mengen Kühlwasser dem Rhein zurückgegeben, was zu einer Gesamterwärmung des Rheinwassers führt. Die Selbstreinigungskraft des Rheins wird somit stark reduziert, da warmes Wasser nicht soviel Sauerstoff lösen kann. Dieser wird jedoch zum Abbau der organischen Verschmutzungen dringend benötigt. Ist der Sauerstoff nicht vorhanden, entstehen durch anaeroben Abbau giftige Endprodukte, die das Leben im Wasser vernichten und dies ist auch die Ursache von Fischsterben im Sommer.

**Kontaktadresse: Rheinaktion, Postfach 1200, D-7521 Karlsdorf-Neuthard 1.**

## SPONTIS UND WAHLEN AN DER MARBURGER UNIVERSITÄT

Marburg
Juli 1979

"Rot" soll sie sein, die Universität Marburg - so jedenfalls das Image. Und seit dem Ende der 60-er Jahre stellen die DKP-nahen Gruppen MSB und SHB den Asta. Im Stadtparlament brachte es die DKP auf über 10 %.
Die Spontis sahen im DKP-rot aber eher Abwiegelei und Entpolitisierung. Im vorletzten Jahr stellten sie sich erstmals zur Wahl und wurden auf Anhieb stärkste Fraktion. Da die Jusos aber mit dem MSB/SHB eine Koalition eingingen, konnten die Spontis die Macht (d.h. den Asta) nicht übernehmen.
Letztes Jahr wurde der Versuch wiederholt. Lili und Loli blieben bei insgesamt 1000 Stimmen. Die Wahlarithmetik war so vertrackt, daß sich das ganze Jahr über nicht die notwendigen 21 Stimmen (von 40) für einen neuen Asta zusammenfanden. Der alte (Juso/MSB/SHB) blieb darum kommisarisch im Amt. Für die Spontis fiel nur das Amt des Parlamentspräsident ab.

Zu den Wahlen in diesem Sommer traten die Spontis nicht mehr an. Auf einem Treffen von rund 70 Leuten (Spontis, KB, KSV etc.) wurde mehrheitlich der Standpunkt vertreten, daß die parlamentarische Fixierung die undogmatische Linke an der Marburger Uni eher lähmen würde. Außerdem ließe sich keine reale Chance absehen, den Asta zu übernehmen. Auf ein halbes oder ganzes Dutzend Parlamentariermumien im Studentenparlament könne mann/frau verzichten. Die Wahlen brachten keine Überraschung.

Die Jusos blieben stärkste Fraktion (10), der MSB und der RCDS haben jeder 9 Sitze und die ADU/SLH und der SHB kamen auf je 6 Sitze. Die niedrige Wahlbeteiligung (35 % statt 60 %) brachte allen Gruppen bis auf den SHB Stimmenverluste. Da aber neben den Spontis sich die verklärt orthodoxe 'Marxistische Gruppe' (im Kursbuch "Sekten" besprochen) auch nicht an der Wahl beteiligte, bekamen die kandidierenden Gruppen trotzdem m e h r Sitze. Trotz Verlusten von bis zu 30 % der Stimmen sprachen darum alle von einem "Sieg".

Das schon jetzt für die neue einjährige Legislaturperiode (ab 1. Oktober 1979) gewählte Präsidium zeigt an, wie der neue Asta aussehen wird. Ein Juso präsidiert im Stupa, assistiert von einem MSB-Bundesvorstandsmitglied und einem SHBler. Also eine Neuauflage des bisherigen kommisarischen Asta. Die eigentlichen Verlierer sind die Jusos. Da ihre rund 1000 Wähler sie eben nur wählen und sonst das Dutzend Funktionäre vor sich hin arbeiten läßt, stehen sie den rund 200 Aktiven von MSB/SHB ziemlich hilflos gegenüber. Was nützen die besten Wahlergebnisse, wenn die Basis sich nicht rührt.
Und da das auch die Spontis meinen, haben sie erst einmal aller VERTRETUNGSPOLITIK Ade gesagt. Auf dem wöchentlichen Plenum läuft seitdem allerhand: Selbstverständnisdiskussion, Veranstaltung mit ehemaligen politischen Gefangenen, Hungerstreikflugblätter, Diskussion über Ökologie und Marxismus.

*Wo und wann das nächste Sponti-Plenum in Marburg sein wird, war auch durch längeres telefonieren nicht herauszufinden. Vielleicht sagt's uns der Frank, der den Artikel geschrieben hat, noch, wenn er aus dem Urlaub zurück ist...*

## ARBEITSFELD MILITARISMUS

*Offenbach*
*2. August*

*Vom Sozialisten Büro Offenbach:*

Anläßlich unserer Anti-Kriegs-Aktion im kommenden Herbst (s. ID 293) versuchen wir z.Zt., einige Vertreter der holländischen Soldatengewerkschaft VVDM für eine Rundreise durch die BRD zu gewinnen. Diese soll etwa zur Zeit unseres Anti-Kriegs-Kongresses (28. - 30.9.79 in Frankfurt) stattfinden.
Die VVDM hat mit zur Zeit ca. 30.000 Mitgliedern etwa 60 % aller wehrdienstleistenden Soldaten (Mannschaftsdienstgrade) in den Niederlanden organisiert. Sie hat in der Zeit ihres Bestehens seit 1966 u.a. eine Erhöhung des Wehrsoldes von 55 auf über 600 Gulden, die Abschaffung des militärischen Grußzwanges, die Anerkennung geregelter Dienstzeiten und eine Überstundenbezahlung für Soldaten durchgesetzt. Die VVDM stellt insofern ein bisher einmaliges Beispiel für den Erfolg der gewerkschaftlichen Organisierung von Soldaten dar.
Angesichts der Notwendigkeit einer verstärkten Organisierung der Wehrdienstleistenden auch in der BRD meinen wir, daß die Erfahrungen der holländischen Kollegen (ohne daß wir sie als Modell verwenden wollen oder können) uns einige Anstöße vermitteln können.
(Soldaten-)Gruppen (vor allem in Orten, die Kasernen in der Nähe haben), die eine Veranstaltung mit holländischen Soldatengewerkschaftern organisieren wollen (vielleicht in Zusammenarbeit mit DGB-Jugendgruppen) sollen uns dies möglichst bald mitteilen, damit wir sie in die Rundreise einplanen können.
Von dem Grad des INte
Von dem Grad des Interesses für solche Veranstaltungen wird es dann auch abhängen, ob die Rundreise durchgeführt werden kann.
*Kontakt: Sozialistisches Büro, Arbeitsfeld Militarismus, Postfach 591, Offenbach 4, Tel. 0611/82 006*

Zur Anti-Kriegs-Aktion 1979 sind Listen von antimilitaristischen Filmen, Dia-Serien, Literatur usw. und ein Plakat (mit Eindruckfläche für lokale Aktionen) bestellbar. Adresse s.o.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Nr. 294

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

**Achtung liebe Abonnenten!**
**Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .**
**KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!**

**Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.